Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1909

206 (6.9.1909)

Visual Library

Nr. 206. Karlsruhe, Montag, den 6. September 1909. 29. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12—½1 Uhr. Redaktionsschluß: ½10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag Buchdruckerei Geck u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: A. Weißmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: H. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Hierzu eine Beilage: Aus dem parlamentarischen Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Katholische Weltanschauung und Klassenkampf.

Der Humbug, den man auf den Katholikentagen mit den katholischen Arbeitern treibt, ist noch nie so deutlich in die Erscheinung getreten, als bei der Behandlung der sozialen Frage auf dem diesjährigen Katholikentage in Breslau. Nachdem man den Arbeitern durch den Zolltarif und die Finanzreform des Schnapsblocks das Leben so teuer als möglich gemacht hat, empfiehlt man ihnen zur Hebung ihrer sozialen Lage eine — „sparsamere Wirtschaft".

Aerger kann man die Arbeiter wohl nicht mehr verhöhnen. Ein geradezu klassisches Beispiel für die traurige Rolle, welche die katholischen Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter im Zentrum und auf den Katholikentagen spielen, lieferte die Beratung eines Antrags Giesberts über die Zurückdrängung der sozialen Entfremdung". Das ist eine echt ultramontane Umschreibung für das Wort Klassengegensatz.

Daß die Klassengegensätze vorhanden sind, und daß sie sich mit der zunehmenden Kapitalisierung unseres Wirtschaftslebens verschärfen, ist eine feststehende Tatsache, über die man selbst auf Katholikentagen nicht hinwegkommt. Nur sucht man hier die Arbeiter in dem Wahne zu bestärken, daß es ein Mittel gäbe, diese Klassengegensätze zu überbrücken. Dieses Mittel ist natürlich die katholische Kirche mit ihren Dogmen. In der Theorie klappt die Sache scheinbar ganz gut, leider aber nicht in der Praxis. Und so sucht man sich mit schön gedrechselten Anträgen und Resolutionen über die Tatsachen, wie sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit Naturnotwendigkeit schafft, hinwegzusetzen.

Die Klassengegensätze wirken auch im Zentrum, das weiß niemand besser, als die Leute à la Giesberts. Sie wissen auch einigermaßen, wo die Ursachen für die „soziale Entfremdung" zu suchen sind, nur geben sie das nicht zu, bezw. sie verwechseln die Ursache mit der Wirkung. Der erwähnte Antrag Giesberts lautete in seiner Einleitung:

„Die gebildeten und besitzenden **Klassen** lassen vielfach infolge verfehlter Erziehung das Verständnis und Interesse vermissen für das soziale und geistige Aufwärtsringen der Minderbemittelten usw."

Wenn die besitzenden Klassen vielfach das Verständnis und Interesse für das soziale und geistige Aufwärtsstreben der Minderbemittelten vermissen lassen, so ist die Ursache dafür nicht in ihrer „verfehlten Erziehung" zu suchen, sondern in den diametral entgegengesetzten Interessen der Besitzenden. Doch das nur nebenbei. Der Antrag Giesberts wurde in der Kommission für die soziale Frage verhandelt. Als er aus dieser Kommission nach vier Tagen wieder heraus und an das Plenum des Katholikentages kam, war es kein Antrag Giesberts mehr, sondern ein Antrag der Kommission für die soziale Frage. Dementsprechend war er abgeändert worden. Die Einleitung des Antrags lautete jetzt:

„Es wird **anerkannt**, daß eine wachsende Zahl von Angehörigen der besitzenden und gebildeten Kreise des katholischen Deutschlands sich um die soziale Hebung der handarbeitenden Stände **hervorragende Dienste erworben haben** usw."

Der Unterschied in der Formulierung dieser beiden Einleitungssätze ist in die Augen springend. Die Kommission hat aus dem Antrag Giesberts einfach das direkte Gegenteil von dem gemacht, was er bezweckte. Der Wortlaut des Antrags Giesberts richtete sich **gegen die Klassen der Besitzenden** und Gebildeten und warf ihnen einen, wenn auch gelinden, Tadel über ihr geringes Verständnis gegenüber dem Kampfe der Arbeiter um eine menschenwürdige Existenz aus. Er entwarf eine, wenn auch stark umschriebene, Anerkennung der Klassengegensätze, die durch ein größeres Entgegenkommen und mehr Verständnis für den Kampf der Arbeiter gemildert werden sollen. Der Kommissionsantrag aber sagt von alledem das Gegenteil. Da wurden die Klassen der Besitzenden im Handumdrehen zu Angehörigen der besitzenden und gebildeten „Kreise" gemacht und aus dem Tadel für das mangelnde Verständnis der besitzenden **Klassen** gegenüber dem Emanzipationskampf der Arbeiter wird — eins, zwei, drei hast du gesehen — eine **Anerkennung der hervorragenden Verdienste**, die „eine wachsende Zahl von Angehörigen der gebildeten und besitzenden Kreise sich um die soziale Hebung der handarbeitenden Stände erworben haben."

So werden auf den Zentrumsparteitagen die Arbeitervertreter moralisch geohrfeigt. Um aber ja keinen Zweifel darüber zu lassen, wie man über das „soziale und geistige Aufwärtsringen" der Arbeiter in diesen Kreisen denkt, heißt es in dem Kommissionsantrag weiter:

„Die katholische Weltanschauung erachtet die ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Güter in der **überlieferten Eigentumsordnung** sowie der Scheidung der Erwerbsstände als in der **menschlichen Natur begründet**. Dieses Gebot der **christlichen Solidarität verurteilt jede mißgünstige Gesinnung und verbietet die Entfremdung**, die heute **vielfach zur Spannung geführt hat** zwischen Arbeitern und Angestellten und Unternehmern, zwischen wohlhabenden und unbemittelten Schichten."

Also an der „sozialen Entfremdung" sind einzig und allein die Arbeiter schuld und nicht die Besitzenden, denn diese haben keine Ursache, zu einer „mißgünstigen Gesinnung" gegenüber den Arbeitern. Die Arbeiter führen die „Spannungen" zwischen ihnen und den Unternehmern herbei, indem sie die Gebote der „christlichen Solidarität" verletzen. Zwar hat der Präsident des Katholikentages, Abg. Herold, gesagt, der katholische Mann müsse **„darnach streben, Geld und Gut zu erwerben, denn nur dadurch komme er in der Welt vorwärts"**. Aber das gilt natürlich nicht für den katholischen Arbeiter — in deren Versammlungen läßt man sich eine solche Verletzung der „christlichen Solidarität" nicht zuschulden kommen —, sondern nur für den katholischen **Kaufmann**. Für den katholischen Arbeiter hat die „katholische Weltanschauung" andere Gebote. Er (der Arbeiter) soll begreifen, daß die ungleiche Verteilung der Wirtschaftsgüter nicht in der Natur der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern in der Natur des Menschen begründet ist. An der überlieferten Eigentumsordnung darf nicht getippt werden, dadurch würde man sich an den Geboten der „christlichen Solidarität" versündigen, denn der Kampf gegen diese überlieferte Eigentumsordnung führt zur „sozialen Entfremdung", die die „katholische Weltanschauung" verbietet — nur für die katholischen Arbeiter natürlich. Die Besitzenden und Gebildeten dürfen nicht nur, sondern müssen nach Geld und Gut streben, weil sie dadurch die Interessen der katholischen Kirche fördern. Nur beim Arbeiter findet man die „mißgünstige Gesinnung", die zur „sozialen Entfremdung" führt. Deshalb darf man auch das mangelnde Verständnis der besitzenden Klassen für den sozialen Kampf der Arbeiter nicht tadeln, vielmehr müssen die Arbeiter anerkennen, daß eine wachsende Zahl von Angehörigen der gebildeten und besitzenden Kreise des katholischen Deutschland sich hervorragende Verdienste um die Hebung der sozialen Lage der handarbeitenden Stände erworben haben — durch die künstliche Verteuerung der ganzen Lebenshaltung der breiten Volksmassen mittels der erhöhten Zölle und neuen indirekten Steuern nämlich.

Solche Gebote stellt die „katholische Weltanschauung", will heißen — der Zentrums-Katholikentag an den katholischen Arbeiter. „Behandlung der sozialen Frage" nennt man dann eine sonnwürdige Komödie u. die parlamentarischen Vertreter der katholischen Arbeiter machen diese Komödie mit und lassen sich und die Arbeiter stillschweigend in der blutigsten Weise verhöhnen.

Neueste Nachrichten.

Aufstand farbiger Soldaten in Kamerun.

Berlin, 4. Sept. Die „Nordd. Allgem. Zeitung" meldet: „Nach soeben aus dem Schutzgebiete Kamerun bei dem Reichskolonialamt eingetroffenen Meldungen haben etwa 60 farbige Soldaten der in Banjo stehenden 4. Kompagnie der Schutztruppe für Kamerun am 14. Juli ds. Js. ihre Station bewaffnet in Richtung der Küste verlassen, um in Soppio, dem Sitz des Kommandos der Schutztruppe, wegen verschiedener Kompetenzfragen gemeinschftlich Beschwerde zu führen.

Es handelt sich anscheinend in erster Linie um das für die farbigen Soldaten schon seit mehreren Jahren im Interesse der Schlagfertigkeit der Truppe erlassene allgemeine Verbot, mehr als ein Weib und einen Boy zu halten, während bei der genannten Kompagnie manche Leute nachweislich bis zu 5 Weibern und 3 Boys halten. Die hierdurch den einzelnen Soldaten in ihrem Haushalte entstehenden Verpflegungsschwierigkeiten und Geldverlegenheiten haben dann die Unzufriedenheit der Leute wachgerufen. Dem energischen Eingreifen der Europäer der Kompagnie und ihrer tadellos sich haltenden farbigen Dienstgarde gelang es, die abziehenden Leute unweit der Station ohne Waffengewalt zur Rückkehr und Abgabe der Gewehre zu bewegen. Die Rädelsführer wurden sofort in strengen Gewahrsam genommen und harren nunmehr ihrer Bestrafung. Ueber den Verlauf der kriegsgerichtlichen Untersuchung ist näherer Bericht telegraphisch eingefordert worden. Die Ablösung der ganzen Kompagnie durch andere Mannschaften hat inzwischen stattgefunden.

Der schwedische Generalstreik.

Stockholm, 4. Sept. Das Unternehmerorgan „Stockholms Dagblad" konstatiert, daß die jetzt getroffene Vereinbarung zwischen der Arbeiterschaft und einzelnen Unternehmergruppen gegenseitiges Entgegenkommen beweist. Die liberale Presse hofft auf einen baldigen vollständigen Friedensschluß und schlägt im weiteren einen recht versöhnlichen Ton an. Demgegenüber ist der Jubel einiger Blätter über den „Sieg der Gesellschaft" recht billig.

Die Streikleitung fordert jetzt die von der partiellen Vereinbarung getroffenen Arbeitergruppen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Die Regierung sucht jetzt nach neuen Vorwänden, um in der verbleibenden zweiten Hälfte des Kampfes zunächst nicht vermitteln zu müssen. Diese Haltung der Regierung wird eventuell dazu führen, daß der Kampf aufs neue um so gewaltiger entbrennt.

Stockholm, 4. Sept. Eine Proklamation der Streikleitung an die Arbeiterschaft ist heute veröffentlicht worden. Es wird darin bekannt gegeben, daß eine Beschränkung des Standes des allgemeinen Ausstandes auf den status quo vor dem August dieses Jahres beschlossen worden ist. Gleichzeitig wird den Arbeitern, die nun die Arbeit wieder aufnehmen, der Dank für das, was sie im Kampfe eingesetzt haben, ausgesprochen. Die Zahl der Arbeiter, die am Montag die Arbeit wieder aufnehmen, wird auf 100 000, die noch im Ausstand verharren, auf 120 000 geschätzt, wozu auch die Mitglieder des Typographenverbandes gehören, deren Vorstand bekannt gibt, daß seinen Mitgliedern das Recht zur Wiederaufnahme der Arbeit noch nicht wieder eingeräumt ist.

Aus dem orientalischen Wetterwinkel.

Saloniki, 6. Sept. In Szuma in Oberalbanien fand gestern eine große Versammlung statt, zu der die Teilnehmer mit Waffen erschienen waren. Die Demonstranten stellten Forderungen in rückschrittlichem Sinne. Sie drohen nach Prizrend zu gehen, wo unter den Christen große Unruhe herrscht. Dschawid Pascha ist mit vier Bataillonen und mehreren Maschinengewehren dorthin unterwegs. Bei Dulje ist bereits ein Bataillon von den Albanesen angegriffen worden. Ein Offizier und ein Mann sind gefallen. Man befürchtet, daß die Unruhen einen großen Umfang annehmen.

Eine italienische Stadt durch einen Wirbelsturm zerstört.

Die Stadt Scordia bei Cattania ist durch einen Wirbelsturm größtenteils zerstört worden. Heftige Regengüsse, Donner und Blitz begleiteten den Sturm. Die Kirchen und viele Privathäuser sind eingestürzt. Besonders arg wüteten die Elemente in dem Stadtteil Santa Maria, in dem die meisten Dächer abgetragen, die Häuser in ihren Fundamenten beschädigt und zahlreiche Personen getötet und verletzt wurden. Der Bevölkerung hat sich panischer Schrecken bemächtigt, der die Rettungsarbeiten sehr erschwert. Aus den Trümmern wurden bisher etwa

8 Tote und 100 Verwundete

geborgen. 15 Personen erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Lire.

Aus Furcht vor dem Gerichte

ist die 29jährige Tochter des Ansiedlers Schäfer aus Friedrichshöhe in Schlesien in den Tod gegangen. Sie hatte eine Vorladung als Zeugin in einer ihr unbekannten Sache erhalten. Darüber regte sie sich so auf, daß sie in Abwesenheit ihres Vaters, nachdem sie einen Abschiedsbrief geschrieben hatte, sich in einen Teich stürzte, in welchem sie ertrank.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Uebersicht.

Eine neue militärische Strafe.

Die 12. Kompagnie des in Mülhausen i. E. garnisonierenden Infanterie-Regiments Nr. 112 sang trotz der Aufforderung des Feldwebels beim Einzug in die Stadt nicht mit, während die übrigen Kompagnien ihre Lieder ertönen ließen. Die Kompagnie mußte deshalb feldmarschmäßig antreten und eine Stunde lang straffingen.

Die erste Arbeit des Reichstages

nach seinem Zusammentritt wird die Bewilligung verschiedener Nachtragsetats für 1909 und sämtlicher Einzeletats sein. Die Notwendigkeit stellt sich heraus durch die neue Reichsbesoldungsordnung, der bekanntlich rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 ab gegeben ist. Die zum Teil bereits zur Auszahlung gelangten oder in der nächsten Zeit zur Auszahlung kommenden Beträge sind bisher vom Reichstage noch nicht bewilligt. Es handelt sich um ziemlich erhebliche Summen; die fortdauernden Mehrausgaben der Heeresverwaltung belaufen sich auf etwa 20 Millionen.

Durch den Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat für 1909 wird ferner auch die Regelung der gestundeten Matrikularbeiträge aus den Jahren 1906 bis 1908 in einer Höhe von 144 Millionen Mark vorgenommen werden, die ebenso wie die Fehlbeträge aus den Jahren 1907 und 1908 durch das Finanzgesetz auf Anleihe übernommen sind, deren Tilgung jährlich mit mindestens 1,9 vom Hundert vorzunehmen ist.

Badische Politik.

Auf das Gebiet der Revolverjournalistik

begibt sich jetzt der „Badische Beobachter", indem er dem Genossen Kolb in aller Form droht, er könne noch allerlei erleben, was ihm gar nicht gefällt, wenn er den persönlich gehässigen Kampf gegen Herrn Belzer weiterführe. Mit solchen Waffen kämpft eine gewisse Sorte Berliner Zeitungen à la „Die Wahrheit". Wir können aber dem „Badischen Beobachter" versichern, daß wir uns auch durch seine Drohungen nicht einschüchtern lassen. Die Drohung des „Beobachter" hat verdammt viel Aehnlichkeit mit einem anonymen Schmähbrief, den wir dieser Tage erhalten haben und von dem eine Abschrift anscheinend auch in die „Mappe" des „Badischen Beobachter" gekommen ist. Das kann ja recht nett werden bis zum 21. Oktober. Hoffentlich ist es kein allzu großes Opfer für den „Badischen Beobachter", wenn wir ihm anraten, bei der Entladung seines Revolvers vorsichtig zu sein. Solche Geschosse nehmen manchmal auch ihren Weg nach hinten.

Anlaß zu dieser „christlichen" Kampfesweise boten dem „Bad. Beobachter" unsere Bemerkungen bezüglich seines Berichts über die Zentrumsversammlung in Neuburgweier, in welchem wir gegen Herrn Belzer wieder persönlich gehässig geworden sein sollen. Unsere Bemerkungen waren die Antwort uf die perfide Art der Berichterstattung über die Belzerversammlung. Wenn der „Badische Beobachter" erklärt, Belzer stehe diesen Berichten fern, so müssen wir das glauben. Aber auffallend ist es doch immerhin, daß diese Berichte stets auf denselben gehässigen Ton gestimmt sind und daß in ihnen die Sozialdemokraten immer als eine blöde Hammelherde charakterisiert werden, dieweil Herr Belzer als ein wahres Muster eines tiefgründig gescheiten und wissenden Mannes angepriesen wird. Wenn in Neuburgweier gegen Herrn Belzer ein persönlich gehässiger Ton angeschlagen wurde, so mißbilligen wir das selbstverständlich. Solcher Waffen bedürfen wir gegen das Zentrum nicht, wir können diese Art des politischen Kampfes ruhig dem Zentrum und vor allem dem „Badischen Beobachter" überlassen, der sich ein förmliches System der unnoblen, persönlich gehässigen Kampfesweise ausgebildet hat.

Immerhin ist es aber erklärlich, wenn bei der Kampfesweise, die das Zentrumsblatt führt, welches für den Belzerschen Wahlkreis hauptsächlich in Betracht kommt, der „Badische Landsmann", einer unserer Genossen über das Ziel hinausgeschossen hat. Sich darüber zu entrüsten, hat der „Bad. Beobachter" aber am allerletzten Anlaß, er, der nun seit Monaten fortgesetzt den denkbar gehässigsten und persönlich beleidigendsten Kampf gegen den politischen Redakteur des „Volksfreund" führt. Und dabei ist der Mann, der diese Kampfesweise im „Bad. Beob." führt, kein Arbeiter mit Landvolksschul„bildung", sondern ein akademisch gebildeter Mann, ein katholischer Priester, der jeden Tag mindestens einmal betet: „Herr vergibt uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern". Es ist wirklich etwas Erhebendes um das Zentrumschristentum. In der einen Hand das Gebetbuch und in der anderen den Revolver, so führt man jetzt den Landtagswahlkampf.

Der „Bad. Beobachter" muß in die „Aufklärungsarbeit" die er selbst und die Redner des Zentrums betreiben, ein sehr geringes Vertrauen setzen, wenn er in seinem blinden Haß gegen Kolb zu solchen Mitteln greift, wie sie sonst nur von den Revolverblättchen benützt werden.

Für die Wiedereinführung des Kilometerhefts

hat sich eine Zuschrift an die „Bad. Landesztg." ausgesprochen. Eine andere Zuschrift an dasselbe Blatt empfiehlt die Einführung der 4. Klasse und Erhöhung des Tarifs nach dem Vorbild Württembergs. Der betreffende Einsender glaubt mit Sicherheit auf eine Mehrheit für diese „Reform" im kommenden Landtag rechnen zu können. Einstweilen möchten wir bezweifeln, daß — im Landtag eine Mehrheit für einen solchen Verrat an den Versprechungen, wie sie auf dem Landtag 1905/06 sowohl seitens der Regierung als auch seitens der Landtagsmehrheit, die für die Tarifreform stimmte, gegeben wurde, zu haben sein wird. Damals wäre, wenn mit solchen Vorschlägen an den Landtag herangetreten worden wäre, die Tarifreform einstimmig abgelehnt worden. Das Zentrum und die Nationalliberalen haben ihre Zustimmung zur Tarifreform mit der Einführung des billigen 2 Pfennig-Tarifs für die 3. Klasse Personenzug begründet. Auf Versprechungen des Zentrums ist nach den Vorgängen bei der Reichsfinanzreform allerdings kein Deut zu geben; desgleichen sind die Nationalliberalen auch in dieser Frage sehr unsichere Kantonisten. Immerhin erscheint es uns fraglich, ob man es wagen wird, das württembergische Exempel nachzumachen; denn das wäre für uns in Baden, wo man der Tarifreform zuliebe das Kilometerheft opferte, der schändlichste Streich, den man am badischen Volke verüben könnte. Auf alle Fälle ist es notwendig, bei der Landtagswahlagitation dieser Frage eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit das badische Volk nicht noch einmal über die Ohren gehauen wird.

Vereinfachung der Staatsverwaltung.

Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht die Aenderungen in der Organisation der Bezirksforstverwaltung. Die landesherrlichen Forstämter Durmersheim (das seinen Sitz in Karlsruhe hatte) und Kippenheim werden vom 1. November an aufgehoben. Ferner werden im Bereich des Finanzministeriums vom 1. Januar an aufgehoben: die Finanzämter Breisach und Buchen und das Domänenamt Wiesloch. Die Geschäfte der aufgehobenen Aemter werden an die angrenzenden Aemter verteilt. Endlich wird von dem Hauptsteueramt Lahr und den Finanzämtern Bretten und Müllheim der Domänendienst losgetrennt, welcher den Finanzämtern Bruchsal, Offenburg und Freiburg überwiesen wird. Dies sind weitere Vereinfachungen, aber, so meint der Korrespondent des „Schw. Merkur" nicht mit Unrecht, man fragt sich: Warum denn immer nur beim Finanzministerium, während doch die übrigen Verwaltungszweige mit Lokalstellen viel reichlicher ausgestattet sind?

Jedenfalls kann und muß auf diesem Gebiete noch sehr viel geschehen.

Reserveübungen!

al. Aus dem Lande wird uns geschrieben: Selten hat eine militärische Maßnahme, die für das Zivilleben von einschneidender Bedeutung war, soviel Erbitterung und Haß gegen das Militärsystem in seiner jetzigen Gestalt ausgelöst, als gerade durch die letzten Einberufungen der Reservisten. Es ist an dieser Stelle aus verschiedenen Teilen des Landes darüber Klage geführt worden, daß die Militärbehörde rücksichtslos bei der Einberufung von Reservisten zu den diesjährigen Manövern verfahren ist. Befreiungsversuche, die an die Bezirkskommandos gerichtet waren, wurden einfach ignoriert, mochten dieselben auch Gründe für die Befreiung enthalten haben, die jedem auch nur mit ein bißchen Sozialgefühl behafteten Menschen das Innerste erweichen mußten. Wir kennen Fälle, wo Frau und Kind krank zu Hause darniederliegen, wo der Vater erst vor einigen Monaten langer Arbeitslosigkeit wieder Arbeit erlangen konnte und wo jetzt eine Einberufung zur Uebung erfolgte. Mancher der Reservisten wird nach Beendigung seiner Uebung vergeblich bei seinem derzeitigen Arbeitgeber vorsprechen, von einer Bezahlung der Zeitversäumnis erst gar nicht zu reden.

Währenddem nun die Bezirkskommandos den letzten Mann und wie angeführt, ohne Berücksichtigung auch nur der beweiskräftigsten Gesuche zur Gestellung beorderten, stellte es sich nachträglich heraus, daß eine sehr große Anzahl überzählig war, d. h. wer etwas bei der Untersuchung anzugeben wußte, wurde anderen Tages wieder entlassen. So ging z. B. von Lahr ein ganzer Trupp (es mögen über 100 gewesen sein) wieder ab. Natürlich mußte doch diesen Leuten die Fahrt bezahlt werden, ebenso Beköstigungsgeld. Nun bedeutete dies für Lahr allein schon eine Ausgabe von ca. 300 Mk. Aber auch andere Garnisonen sandten Leute zurück. Nun fragen wir, ob es wirklich nötig gewesen wäre, nach diesem System bei der Einberufung zu verfahren. Allerorts soll gespart werden, hier aber heißt es: „Geld genug vorhanden, nicht wie bei armen Leuten!"

Zum Schlusse noch etwas. Von verschiedenen Seiten sind uns Klagen zugegangen, die einesteils den Transport, andererseits den Dienst betreffen. So war den Leuten, die letzten Dienstag sich in Karlsruhe stellen mußten, von morgens früh 7 Uhr bis abends ½10 Uhr keine Gelegenheit gegeben, etwas Speise zu sich zu nehmen. Gegen derartige allzu militärische Maßnahmen müssen wir allen Ernstes protestieren. Weiter wird über harten Dienst geklagt und speziell bei der 12. Kompagnie in Lahr scheint man der Ansicht zu sein, die „Kerls" und wie die Kosenamen des Kompagnieführers alle heißen, mal ordentlich „ranzunehmen".

Kommunalpolitik.

Berghausen. Allgemeine Ueberraschung brachte die Notiz betr. der Anstellung hiesiger Gemeindebeamten. Es war am hiesigen Orte eine Feldhüterstelle vakant geworden. Zu diesem Posten hatten sich sechs Bewerber gemeldet. Wie schon mitgeteilt, traten drei Bewerber, aus begreiflichen Gründen, wieder zurück, so daß zur Auslosung noch drei übrig blieben, darunter auch der Artikelschreiber (H. R. in Nr. 199). Daß dieser nun seine Zuflucht zur Oeffentlichkeit nahm, ist leicht begreiflich, wenn man bedenkt, daß er schon seit langen Jahren bei Land- und Reichstagswahlen den Herren vom Rathaus Handlangerdienste leistete und somit also mit Bestimmtheit auch auf Erlangung dieses Postens rechnete. Doch daß Undank der Welt Lohn ist, sollte er erst jetzt erfahren. Trotzdem das Los auf ihn fiel, wurde ihm der Posten aus den schon angeführten Gründen nicht zuerkannt.

Was den zweiten Bewerber anbelangt, so wäre derselbe vielleicht auch genehm gewesen, wenn man diesem etwas mehr Rücksicht gezollt hätte; denn auch dieser hat bei den verflossenen hartnäckigen Bürgerausschußwahlen ebenfalls für die Ortsgewaltigen Handlangerdienste geleistet, indem er ihre Flugschriften und Stimmzettel zur Verteilung brachte. Dieser Kandidat ist allerdings noch ein junger Mann, aber in seinem Erwerbe beschränkt und Vater von 5 Kindern. So wäre also der Posten auch diesem zu gönnen gewesen, und zwar aus rein menschlichem Mitgefühl. Nun, ihr beide, tröstet euch! Es hat schon manchem so ergangen und wird noch vielen so ergehen. Wo

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

206 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Wie ein erquickender Regen auf eine sonnenversengte Pflanze, so fielen diese Stimmen, diese Worte lind und labend in das Herz des armen, an Leib und Seele kranken Mannes. Er legte seine Arme um den schlanken Leib des Kindes und zog es an sein Herz in langer, stummer Umarmung. Er hätte weinen können, wenn er sich nicht geschämt hätte. Sophie fragte wieder und wieder, ob er sich kränker fühle; Franz, der nach Licht geklingelt hatte, bat immer dringender, er möge nicht durch längeres Aufbleiben das mühsam Gewonnene wieder aufs Spiel setzen. Der Geheimrat wollte nichts von Zubettgehen hören; er fühle sich in dem Lehnstuhl ganz behaglich und durchaus nicht angegriffen. Ueberdies habe er mit Franz zu sprechen, Sophie möge nur ruhig das Abendbrot besorgen.

Franz, dessen Scharfblick die Unruhe, die Aufregung Patienten nicht entgangen war, hielt es für das beste, seinem Wunsch Folge zu leisten, und winkte seiner Braut, sie allein zu lassen. Sophie entfernte sich mit einem ängstlich fragenden Blick auf Franz, den dieser mit einem ermutigenden Lächeln beantwortete.

Die Tür hatte sich kaum hinter der schlanken Gestalt des jungen Mädchens geschlossen, als der Geheimrat Franz' Hand ergriff und mit einer Stimme, die vergebens nach Festigkeit rang, sagte:

Ich habe Ihnen etwas mitzuteilen, Franz, das ich unter diesen Umständen, wo ich jeden Augenblick auf den Tod gefaßt sein muß, nicht länger verschweigen kann, ohne ehrlos zu handeln.

Was ist es, Papa? fragte Franz, einen Stuhl dicht an den Platz des Geheimrats rückend und die Hände desselben freundschaftlich in seine Hände nehmend.

Das ist es! sagte der Geheimrat — und nun erzählte er Franz, daß er im Laufe der Jahre, zum Teil infolge eines Mangels an weiser Sparsamkeit, zum Teil durch vielseitige Darlehen, die er an Arme, Bedürftige aller Art gemacht und niemals wieder bekommen habe, tief in Schulden geraten sei; daß er gehofft habe, sich durch verdoppelten Fleiß wieder heraufzuarbeiten, eine Hoffnung, die, wie er jetzt nur zu schmerzlich fühle, nicht in Erfüllung gehen werde.

Der Geheimrat machte hier eine Pause, sei es, weil er für den Moment erschöpft war; sei es, weil er von Franz eine Antwort erwartete. Als der junge Mann aber mit niedergeschlagenen Augen in seinem Schweigen verharrte, fuhr der Kranke nach dieser Pause mit leiserer und erregterer Stimme fort:

Verzeihen Sie, lieber Franz, daß ich nur in einem vielleicht sträflichen, aber sehr erklärlichen Egoismus so lange mit dieser Enthüllung Ihnen gegenüber gezögert habe. Es ist eine schreckliche Aufgabe, Menschen betrüben zu müssen, die man lieb hat; Menschen ärmer machen zu müssen, die man mit allen Gütern dieser Erde überschütten möchte.

Er schwieg und versuchte seine Hände aus den Händen des jungen Mannes zu ziehen, gleichsam, als habe die Entdeckung, die er soeben gemacht, die vertraute Freundschaft gestört und aufgehoben. Aber Franz rückte nur näher an den Kranken und sagte, ihm mit seinen klaren, treuen, klugen Augen tief in die Augen sehend:

Ich habe Sie ruhig aussprechen lassen, Papa; nun lassen Sie mich dasselbe tun. — Wenn jemand einem Freund, den er liebt, einen unermeßlich kostbaren Schatz schenkt, einen Schatz, an dem das Herz des Freundes so hängt, daß er ohne denselben nicht mehr leben könnte und möchte, und der Geber spräche nun zum Freunde: Lieber, während ich diesen Schatz hütete, habe ich, wie du dir denken kannst, auf die Leitung und Regelung meiner übrigen Angelegenheiten nicht die nötige Sorgfalt verwenden können. Es sind da einige Gläubiger, die bezahlt sein wollen und bezahlt werden müssen. Willst du nicht diese Sache übernehmen? Du bist jünger und rüstiger, und du hast keinen Widerwillen gegen Geschäfte — wenn, sage ich, der Geber also zu dem so reich Beschenkten spräche, und dieser wollte antworten: den Schatz, der mich in alle Zukunft so unermeßlich reich macht, nehme ich freilich, aber was deine übrigen Angelegenheiten betrifft, so siehe zu, wie du fertig wirst; ich will nichts damit zu schaffen haben; — würde man ihn, der so antwortete, nicht mit Recht für ein Ungeheuer von Herzlosigkeit, für ein Scheusal von Undankbarkeit halten? Genau so aber liegt die Sache zwischen uns. Der großmütige Geber sind Sie, der so überreich Beschenkte bin ich, der unermeßlich kostbare Schatz ist meine, unsere Sophie. Zwischen uns kann nicht mehr von Mein und Dein die Rede sein; was ich besitze, gehört Ihnen, der Sie mir in der dreifach ehrwürdigen Gestalt des Freundes, des Lehrers, des Vaters erscheinen. Was ich aber besitze, sind zehn- bis elftausend Taler, die ich von einer Tante, die ich nie gesehen habe, erbte, und die Ihnen jeder Zeit zur Verfügung stehen. Ich weiß, daß diese Summe nicht genügt, Sie von den eingegangenen Verbindlichkeiten zu befreien. Aber eine Erleichterung, ein Hilfe wird sie Ihnen immer sein, und ich bitte, ja ich beschwöre Sie, von dieser Hilfe den ausgedehntesten Gebrauch zu machen. — Nein, Papa, schütteln Sie nicht den Kopf! Es hilft Ihnen nichts. Sie sind Sophie, mir und sich selbst die Erfüllung meiner Bitte schuldig. Und dann: ich will Sie nicht um eine Gefälligkeit bitten, ohne auf eine äquivalente Gegenleistung zu dringen. Wir haben den Termin unserer Hochzeit immer noch nicht festgesetzt. Wir scheuten uns, mit der Sprache herauszurücken, weil wir Ihren Widerspruch, zum mindesten Ihre mit Widerstreben gegebene Einwilligung fürchteten. Jetzt bin ich kühn geworden und bitte nicht um Flandern, noch Gedankenfreiheit, König Philipp, sondern um die Erlaubnis, deine Infantin, Donna Sophia, heute über vier Wochen als mein ehelich Gemahl heimführen zu dürfen. Sieh! da ist sie selbst! — Knie nieder, Mädchen, und danke deinem Herrn und Vater für seine Güte. Er willigt in unsere Vermählung heute über vier Wochen.

Sophie, die bei Franz' letzten Worten in das Zimmer getreten war, eilte auf den Vater zu:

Gutes, liebes Väterchen! herzallerliebstes Väterchen! rief sie, den Geheimrat umarmend und ihn zärtlich auf Stirn und Lippen küssend. Der Geheimrat war in einer

den jetzigen frischangestellten Feldhüter anbelangt, so ist diesem nichts nachzusagen, mag er seine Pflicht erfüllen, wie sichs gebührt und die vakante Feldhütergeschichte wäre somit erledigt. Doch ihr Herren vom Rathaus, seid ein anderes Mal vorsichtiger und prüfet zuerst, ehe ihr wieder eine Verlosung vornehmt, ob nicht ein „Unwürdiger" sich darunter befindet.

Genossenschaftsbewegung.

Jahrnau, 1. Sept. Konsumverein. Am Samstag, 28. vor. Mts., hielt der hiesige Konsumverein, e. G. m. b. H., Mitglied der Großeinkaufsgenossenschaft, seine diesjährige Generalversammlung im Gasthaus zum „Pflug" ab. Das abgelaufene Geschäftsjahr ist auch wieder als ein günstiges zu bezeichnen. Die Entwicklung des Vereins ist in stetem Wachsen begriffen. Der Umsatz im letzten Jahre betrug 86 599 Mk. in Ladenwaren und 24 737 Mk. in Fleischwaren. An Rückvergütung an die Mitglieder werden 10 Proz. Dividenden am Laden- und 4 Proz. am Fleischwaren-Umsatz zurückbezahlt. Neben den nötigen Abschreibungen wurden noch 800 Mk. dem Spezialreservefond überwiesen. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des letzten Jahres von 210 auf 229 gestiegen. Der Verwaltung wurde für ihre Leistungen allseitig Anerkennung ausgesprochen. Der Vorsitzende, dessen Wahlzeit abgelaufen war, wurde wiedergewählt, ebenso die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder. Im übrigen nahm die Versammlung einen guten Verlauf.

Es wäre zu wünschen, daß die dem Konsumverein noch fernstehenden Arbeiter sich demselben anschließen würden. Wenn der Korrespondent der „Oberländer Tagespost" (ein schwarzes Blatt) glaubt, er müsse extra betonen, daß ein Genosse mehreremal das Wort ergriffen hätte, so erwidern wir, daß das jedem Mitgliede, ob Sozialdemokrat oder Zentrumsmann, sein gutes Recht ist. Unseres Erachtens ist die Generalversammlung deshalb einberufen worden, um sich auszusprechen. Wenn das verletzend ist, wenn der sozialdemokratische Vertrauensmann das Wort ergreift, so legt dies Zeugnis davon ab, wie unduldsam diese Herren sind. Wenn der Schnapsblock auch erwähnt wurde, so beweist das noch lange nicht, daß Politik getrieben wird. Wir sind auch der Meinung, daß im Konsumverein keine Politik getrieben werden soll. Aber dennoch wird der Konsumverein die Früchte des Schnapsblocks auch zu genießen haben. Auf das übrige zu erwidern, lohnt sich nicht der Mühe.

Zum Streik in Bad. Rheinfelden

schreibt man uns: In einem Artikel aus Badisch-Rheinfelden wird eine Notiz der „Kölnischen Volkszeitung" erwähnt, die von christlichen Lügen und Verleumdungen nur so strotzt. Diese Notiz ist nun auch in einer ganzen Reihe schwarzer Bezirksblätter des Schwarzwalds erschienen, unter anderem auch im „Singener Tagblatt" Nr. 190, genau in demselben Wortlaut. Auch hier wird von dem frivolen Spiel der Sozialisten geschrieben, das sie anläßlich des Streiks getrieben hätten. In all diesen Zeitungen wird der Kollege Vierlinger beschuldigt, die Arbeiter gegen die christlichen „Führer" gehetzt zu haben. In einem Bericht des „Villinger Volksblatt" vom 27. August über eine „interessante Versammlung", die der „Führer" Engel aus Straßburg abhielt, heißt es: Die so verhetzten Arbeiter (also von Vierlinger verhetzt) drangen mit Messer und Dolch auf Herrn Engel ein und mußte Herr Engel den Schutz der Polizei in Anspruch nehmen. Ferner beleuchtete Redner die tendenziöse Berichterstattung der sozialdemokratischen Presse und die niedrige Kampfesweise des sozialdemokratischen Bezirksleiters Wörner aus Cannstatt." — Also der Kollege Vierlinger soll die Arbeiter so aufgehetzt haben, daß sie zum Messer gegriffen haben? Ich erlaube mir eine Frage: Wer war es, der zum Messer griff? Wer wurde von Vierlinger aufgehetzt? Warum hat Engel die Betreffenden nicht sofort bei den Polizisten, die ihn beschützen sollten, angezeigt? Darauf möchte Herr Engel antworten und wenn er das nicht kann, wenn er keine Beweise für seine Beschuldigungen hat, dann ist er eben das, was ich ihn schon dutzendfach öffentlich genannt habe.

Mir wirft er niedrige Kampfesweise vor! Worin bestand denn diese? Vielleicht darin, daß ich die Beschuldigungen, die er gegen die freien Gewerkschaften richten wollte, zur rechten Zeit abwehrte, daß ich weiter feststellte, daß sich Engel am Krawallabend um halb 10 Uhr, als die Versammlung der Streikenden aus war, zwei Kilometer weit vom Platze entfernt sich in ein Restaurant setzte, sich also drückte? Nachher wollte er sich allerdings herausreden, „es hätten um diese Zeit noch keine Menschenansammlungen stattgefunden". Nun ist aber festgestellt, daß schon zwei Stunden vorher die Ansammlungen begonnen haben. Ein Mensch von der Qualität eines Engel hat jedenfalls keine Ursache, anderen niedrige Kampfesweise vorzuwerfen, denn ihm würde ja das Herz brechen, wenn er in den Versammlungen, die er hält, nur einmal der Wahrheit die Ehre geben müßte. Man vergleiche nur, was Engel über die Streikerfolge in den verschiedensten Zeitungen „erklären" ließ, und das, was Landeskommissär Straub veröffentlichte. Und solche Leute wollen die sozialdemokratische Presse und die Führer der freien Gewerkschaften des Arbeiterverrats beschuldigen. Alle Sympathieresolutionen, die Engel für seine Person in den verschiedensten Versammlungen gleichlautend beschließen läßt, werden nicht imstande sein, den „Unterschied" zwischen dem, was Engel „schriftlich in der Tatsche hat" und dem, was der Landeskommissär veröffentlichte, zu beseitigen. Was Herr Engel fertig bringt, möge folgendes beweisen:

Am 12. August erklärte er in einer Versammlung, daß die freien Gewerkschaften sich geradezu musterhaft betragen hätten, die Solidarität sei in keiner Weise verletzt worden. In den nächsten Tagen wurden von „roter" Seite 300 Mark für die streikenden Familienväter gesammelt, zwei Tage nach Empfang des Geldes stellte er sich wieder hin und sagte: „euch hätten wir überhaupt nicht gebraucht" und am 24. August sagte er in einer Versammlung in Radolfzell, es sei nicht wahr, daß 300 Mk. gesammelt worden seien, nur 30 Mk. wären es gewesen, er hätte die Listen in der Tasche. Ein solches Gebahren ist jedenfalls noch mehr als niedrig. Und solche Leute legen sich den Namen „christlich" bei! Trotz der Vorgänge in Rheinfelden erklärt Engel in den Versammlungen nach wie vor, „daß nur die christlichen Gewerkschaften, welche nicht dem Klassenkampf huldigen, die richtige Vertretung für die Arbeiter sind. War der Streik der Aluminiumarbeiter kein Klassenkampf, Herr Engel?

Die Vorkommnisse in Rheinfelden zeigen, daß auch die „christliche", die zahme Methode den Ausbruch urwüsiger Proletarierleidenschaften nicht verhindern kann, wenn das Kapital so rücksichtslos verfährt, wie es überall zu verfahren pflegt. Bei dem Rheinfelder Streik ist es so bunt und gewalttätig zugegangen, wie noch in keinem von unserem radikalen Verband geleiteten Kampfe, so daß man bis auf die schlesischen Weberaufstände von 1843 zurückgreifen muß, nur daß es 1843 noch keine Aufklärung über Klassenbewußtsein und Klassenkampf für die Arbeiter gab, während sie jetzt dem letzten Proletarier zugänglich wäre, wenn nicht die Macht des Kapitals und die Arbeiterzersplitterung der „Christen" hindernd dazwischen träte. Denn wir behaupten: die Halbheit der christlichen Gewerkschaftsbewegung begünstigt Wutausbrüche des Proletariats mehr, als der Radikalismus der freien Gewerkschaften. Die christliche Halbheit gibt dem unwissenden Arbeiter mit dem „friedlichen Verhandeln" kein Mittel an die Hand, das er für einen Ersatz, für etwas besseres halten müßte, als die persönliche Revolte, zu der er in seiner Bedrückung neigt. Die freie Gewerkschaft aber prägt dem Proletarier ein, daß er allerdings kämpfen und seiner Entrüstung Luft schaffen muß, aber er soll lernen geordnet zu kämpfen, als Klasse, als organisierte Branche, nicht mehr als Einzelner. Wer dem Proletarier zugibt, daß der organisierte Kampf unvermeidlich ist, wird in geistig mehr und nachhaltiger disziplieren, als derjenige, der ihn mit Unternehmerschlafpülverchen nach Art der Christen einzulullen bestrebt ist. Wacht der unbefriedigte Arbeiter dann einmal doch auf, so ist er um so wütender, wie das Rheinfelder Beispiel zeigt.

Zu dieser Erkenntnis wird sich die Arbeiterschaft angesichts der heutigen Zustände immer mehr durchringen. Aber eines sollte in den weiteren Versammlungen, in denen Herr Engel die „Erfolge" seines Streiks rühmt, nicht vergessen bleiben, nämlich die Tatsache, daß im Reichstage es christliche Gewerkschaftsführer waren, die mitgeholfen haben, dem Arbeiter seine Existenz so bedeutend zu verschlechtern, die mithalfen, tausende von Arbeitern das karge Stückchen Brot vollends zu nehmen. Zur gleichen Zeit mußten in Rheinfelden christlich organisierte Arbeiter blutig kämpfen um einige Pfennige mehr Lohn, ohne was zu erreichen. Wie dies sich reimt, das möchte der „Führer Engel" seinen Hörern auseinandersetzen, denn er kann ja alles, nur nicht bei der Wahrheit bleiben.

L. Wörner,
Gauvorstand, Cannstatt, Badstraße 11, I.

Zu Cooks Entdeckung des Nordpols.

Cook scheint sich nicht auf die eine Depesche nach Newyork beschränkt, sondern nach allen Windrichtungen seinen Erfolg mitgeteilt zu haben. Dieses Verfahren steht in seltsamem Gegensatz zu der übrigen — in wissenschaftlichen Angelegenheiten nicht üblichen — Geheimtuerei. Alles bei dieser Expedition ist Geheimnis. Der Gedanke der Nordpolfahrt entstand angeblich während der Jagd. Cooks Frau war die einzige, die eine Kenntnis davon hatte, daß ihr Gatte vielleicht die Expedition unternehmen würde. Als man Ende 1908 nichts von ihm hörte, beschloß man, ihm die „Jeannie" nachzusenden. Diese verließ St. Johns, Neufundland, vor 14 Tagen und soll in diesem Monat in Etah eintreffen.

Dr. Cooks Unternehmen war so wenig an die Oeffentlichkeit gedrungen, daß selbst die Beamten der Nationalen geographischen Gesellschaft in Washington gestern gestanden, daß sie nur wenig über die Expedition wußten. Man hatte allgemein die Hoffnung verloren, je wieder von ihm zu hören.

Der „Times" wird aus Lerwick gedrahtet, der dänische Regierungsdampfer „Hans Egede", mit Dr. Cook, dem amerikanischen arktischen Forscher und einigen Mitgliedern seiner Expedition an Bord, traf morgens 10 Uhr in Lerwick ein. Das Boot meldete, daß es von Grönland mit 25 Passagieren an Bord komme und Lerwick nur angelaufen habe, um ein Kabeltelegramm abzusenden. Das Schiff lief halb 1 Uhr wieder aus. Erst nach geraumer Zeit wurde bekannt, daß das Schiff Cook an Bord hatte. Während der ganzen Zeit, wo das Boot im Hafen war, wurde das tiefste Geheimnis beobachtet. Die Seeleute erzählen, daß „eine sehr wichtige Depesche zur Uebersendung, wahrscheinlich nach Newyork, aufgegeben wurde". Später wurde ruchbar, daß Cook eine Mitteilung gemacht habe, wonach er den „magnetischen Pol erreicht" habe.

*

Die Landung Cooks in Schweden.

Am Samstag traf Dr. Cook in Stockholm ein: Der Dampfer war mit amerikanischen und dänischen Guirlanden geschmückt, ebenso die im Hafen vor Anker liegenden Schiffe. Beim Erscheinen des Dampfers wurden von den Schiffen Kanonenschüsse abgegeben, ebenso von der Festung Kronborg ein Kanonen-Salut abgefeuert. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich im Hafen und auf den Straßen, die zum Hafen führten, angesammelt. Als Dr. Cook an Land stieg, wurde ihm von einer Dame ein prächtiger Blumenstrauß überreicht, worauf der Kronprinz Cristian den erfolgreichen Polarreisenden herzlich begrüßte und ihm seine Glückwünsche aussprach. Sodann wurde Dr. Cook vom Vorstand und den Mitgliedern der geographischen Gesellschaft begrüßt. Im Schlosse angelangt, wurde Dr. Cook sofort vom Könige in Audienz empfangen, die fast dreiviertel Stunden dauerte. Dr. Cook teilte mit, daß er an der Stelle, wo der Nordpol von ihm entdeckt worden war,

eine versiegelte Röhre niedergelegt

hat. An Bord des „Hans Aegide" befanden sich viele dänische und ausländische Männer der Wissenschaft, die fest an Dr. Cook glauben.

*

Immer größer wird die Zahl der Polarforscher und sonstigen Sachverständigen, die sich für die absolute Zuverlässigkeit des Cookschen Expeditionsberichts einsetzen. Ihnen schließt sich jetzt auch der Inspektor von Nordgrönland, Daugaard Jensen an, der auf dem Dampfer „Hans Egede" mit nach Dänemark gekommen ist und zwei Monate hindurch sowohl vor als auch auf der Heimreise die beste Gelegenheit hatte, Dr. Cook näher kennen zu lernen. Jensen erklärte, daß nach seiner Ansicht Cook ein völlig vertrauenerweckender, solider Mann sei, der unter keinen Umständen von der Wahrheit abweiche.

Luftschiffahrt.

Orville Wrights erster Flug in Berlin

erfolgte am Samstag Nachmittag auf dem Tempelhofer Felde. Um 4,45 Uhr stieg die Maschine auf. Die „Frkf. Ztg." schildert den Vorgang wie folgt: Ein Trompetensignal, das Zeichen des Flugbeginnes, ertönt. Unter den Klängen: „Frisch auf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd!" wird der Zweidecker langsam zu der Startmaschine auf den Rollböcken gezogen. Ein kurzer Probegalopp des Motors, alles „all right". Wieder hören wir das surrende Geräusch des Propellers. Orville Wright erhebt sich gravitätisch sicher in die Luft und umkreist die weite Flugbahn, einmal, zweimal, bald hoch, bald so tief, daß ängstliches Geschrei der gespannten Bewunderer einen jähen Sturz fürchten läßt, im gleichmäßigen Tempo. Ein drittes, viertes Mal gleitet der Aeroplan an uns vorüber in Höhen von 10 bis 20 Meter. Das beängstigende Gefühl, das uns stets beschleicht, wenn wir etwas Neues, Unerhörtes zum erstenmale erleben, verläßt uns, wir bewundern nur noch die Kunst, mit der dieser Meister des Luftfluges die Kurven nimmt, und unwillkürlich denken wir an den Flug der Schwalbe, der wir träumerisch und mit Sehnsucht nachblicken, wenn sie unseren stillen Ruheplatz umzieht. **In 19 Minuten 2 Sekunden hat Orville Wright ca. 20 Kilometer zurückgelegt,** um glatt in der Nähe der Aufstieghalle zu landen.

*

Die Reichstagsabgeordneten bei Zeppelin.

Ungefähr 200 Abgeordnete und Bundesratsmitglieder hatten sich in Friedrichshafen eingefunden. Die Auffahrt erfolgte in 5 Gruppen. Jede Fraktion bestimmte zwei Teilnehmer, das Zentrum als stärkste Fraktion drei. Es waren 75 Fahrgäste vorgesehen. 10,15 Uhr gingen die Schiffe in See und 12,15 Uhr kam das Luftschiff aus seiner Halle mit der ersten Gruppe der Fahrteilnehmer. Ueberraschend gut vollzog sich die erste Landung auf dem Lande um 3¾ Uhr. Das Luftschiff ließ sich ohne fremde Hilfe weich auf den Boden nieder. Die Staatssekretäre Delbrück und Dernburg und der Vizepräsident des Reichstags Paasche bestiegen zu einem neuen Aufstiege die Gondel. Nach dem letzten Aufstieg wurde das Luftschiff um ¾6 Uhr glücklich in die Halle zurückgebracht. Von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die in der Zahl von 15 anwesend waren, stiegen mit auf — soweit wir die Berichte darüber verfolgen konnten — die Genossen Lehmann und Ledebour.

*

Abends um halb 9 Uhr trafen die Mitglieder des Reichstags und des Bundesrats auf zwei Sonderdampfern mit dem Grafen

---

unbeschreiblichen Erregung. Seine zitternden Lippen versuchten umsonst ein Wort hervorzubringen; seine tränenüberströmten Augen wandten sich bald auf die vor ihm kniende Tochter, bald auf den edlen Mann, der über ihn gebeugt dastand und seinen Arm vertraulich um seinen Nacken geschlungen hatte. Sein von der Krankheit angegriffenes Hirn vermochte nicht das Chaos der auf ihn einstürmenden Gedanken zu bewältigen, aber in seinem Herzen sagte vernehmlich eine Stimme, daß er nun ruhig sterben könne.

Franz, der nicht ohne Grund fürchtete, daß die heftige Gemütserregung eine Verschlimmerung in dem Zustande des Kranken herbeiführen könne, beeilte sich, dieser Szene ein Ende zu machen. Er klingelte und hieß den eintretenden Bedienten, ihm beim Zubettbringen des Herrn zu helfen. Der Geheimrat ließ alles ohne Widerrede mit sich geschehen. Franz und der Diener rollten den Stuhl bis an die Tür des nächsten Gemachs, die schon von Sophie geöffnet war, hoben ihn über die Schwelle und schlossen die Tür hinter sich, während Sophie allein in dem Wohnzimmer zurückblieb.

Nach einigen Minuten kam Franz zurück. Er war bewegt, wie Sophie ihn kaum je gesehen hatte; aber sie sah auch zugleich, daß diese Bewegung keine schmerzliche war. Seine Augen blitzten, sein Schritt war elastisch wie eines Siegers Schritt, und seine sonst etwas scharfe Stimme klang weicher und voller, als er jetzt, die Geliebte fast stürmisch in seine Arme schließend, sagte:

Freue dich, Mädchen, es geht alles gut, vortrefflich. Ich habe dem Papa seine Einwilligung abgeschmeichelt und abgetrotzt. Sagte ich dir nicht, in vier Wochen sind wir Mann und Frau? Sagte ich dir nicht, in unserer Brust sind unseres Schicksals Sterne? O, ich fühle einen ganzen Himmel in meiner Brust, liebe, liebe Sophie!

Lieber, lieber Franz.

Und die Liebenden hielten sich lange umschlungen.

Dann, als die Flut herlichster Gefühle sich zu ruhigeren Wogen sänftigte, wanderten sie Arm in Arm in dem Gemache auf und ab, und ihre Stimmen waren leise, wie ihre Schritte auf dem Teppich, und was sie flüsterten, war süß und traulich, wie das von einem roten Schleier gedämpfte Licht der Lampe, die auf dem Tische vor dem Sopha brannte.

Sie waren so in ihr bald ernstes, bald heiteres, und von einem gelegentlichen halb unterdrückten Lachen oder verstohlenen Kuß unterbrochenes Gespräch vertieft, daß jemand, der um diese Stunde fast täglich in das Haus des Geheimrats kam, erst dreimal an die Tür pochen mußte, ehe sie beide zu gleicher Zeit mit Herein! antworteten.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Die **Stuttgarter Neue Musik-Zeitung** bringt in ihrer Nummer 19 einen interessanten Beitrag zum Thema „Komische Oper". In einem fesselnden Aufsatz über Komische Oper und Volksoper in Paris teilt Amédée Boutarel mit, daß er seit vier Jahren eine vollständige Uebersetzung des „Corregidors" von Hugo Wolf fertig habe, bisher aber weder einen Verleger dafür noch einen Theaterdirektor in Paris finden konnte, der dies Werk aufzuführen geneigt wäre. Die beiden Nummern 19 und 20 enthalten außerdem wieder vorzügliche Beiträge für Hausmusik und Pädagogik. Die Musikbeilage bringt reizende Walzer-Arabesken von Walter Niemann für Klavier, ein Stück für Harmonium von Schmitt, ein Volksliedchen von Karl Hirsch und ein Lied von Schulz-Schwerin, auch einen Text von Felix Dahn. — Der Preis für 6 Nummern dieser gediegenen und interessanten Musik-Zeitung beträgt nur 1,50 Mk. Probenummern gratis durch den Verlag von Carl Grüninger in Stuttgart.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). Inhalt vom 36. Heft des 6. Jahrganges: Zeppelin. — G. m. b. H. im graphischen Gewerbe. Von Rud. Taeuber-Leipzig-Neustadt. — Revue der Presse. — Aus den Börsensälen. Von Bruno Buchwald. — Kolonialkurszettel. — Müllerstraße. — Die Anweisung des Kunden. — Theaterkrach. — Petroleum. — Gedanken über den Geldmarkt. J. V.: bb. — Plutus-Merktafel. — Gedanken über den Warenmarkt. Von Merkur. — Antworten des Herausgebers — Fabrik und Werkstatt (Ziegel-Fabrikation). — Chefs und Angestellte. — Neue Literaur. — Generalversammlungen. (Abonnements vierteljährlich per Post, Buchhandel und direkt vom Plutus-Verlag Mk. 4,50. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus-Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zeppelin in Konstanz ein, empfangen von einem vieltausendköpfigen Publikum, das in dichten Reihen den Weg bis zum Inselhotel säumte und den Grafen mit Jubel und Hochrufen begrüßte. Konstanz hatte illuminiert. Am Festmahl beteiligten sich 220 Personen; die 15 Sozialdemokraten waren ferngeblieben. Vizepräsident Paasche dankte dem Grafen Zeppelin als dem größten Deutschen für den heutigen Tag, der ein Festtag des deutschen Volkes sei.

Gewerkschaftliches.

Glaser-Ausstand. In Mannheim und Ludwigshafen sind die Glaser, da es zu einer Einigung über einen Tarifvertrag bis jetzt nicht gekommen ist, heute Montag, 6. September in den Ausstand getreten. **Zuzug von Glasern ist streng fernzuhalten.**

In der Schuhfabrik von Jost jun. in Pirmasens sind sämtliche Arbeiter der Zwickmaschinenabteilung Lohndifferenzen halber in den Streik getreten. Es handelt sich um Einführung von Akkordlöhnen. **Es wird um Fernhaltung des Zuzuges gebeten.**

Der Schreinerstreik in Heidelberg dauert unverändert fort. Die Schreinermeister suchen in allen Gegenden Deutschlands Arbeitswillige. Zuzug wolle strengstens ferngehalten werden.

Tabakarbeiter-Entlassungen. Baden hat eine sehr weit ausgedehnte Tabakindustrie, in Unterbaden, namentlich im Heidelberger und Bruchsaler Bezirke, befinden sich fast in jedem Orte Zigarrenfabriken. Aus Heidelberg, Altlußheim, Sinkenheim, Hockenheim, Waldorf, Schwetzingen, Rohrbach, Leimen und vielen anderen Hauptorten der badischen Tabakindustrie werden Arbeiterentlassungen gemeldet. Die Fabrikanten helfen sich vielfach mit Einlegung von Feierschichten um Entlassungen zu verhindern. Es gibt viele Orte, in denen die Arbeiter nur 3 Tage in der Woche arbeiten dürfen.

In Enger (Westfalen), einer reinen Zigarrenarbeiterstadt, sind in 9 Fabriken 263 Arbeiter beschäftigungslos geworden. In Trupps von 30—40 Personen ziehen die Arbeiter von Dorf zu Dorf, um landwirtschaftliche Arbeit zu erhalten, doch ohne Erfolg. Die Polizei geht allen Unterstützungsgesuchen nach, ob die Angaben betr. Bemühungen um Erlangung von Arbeit auf Wahrheit beruhen.

Neuer Textilarbeiterstreik im Elsaß. 450 Weber und Weberinnen der Fabriken von Godefroy u. Elsäßer in Bühl und Lautenbachzell sind in den Streik getreten, weil die Firma den Versuch gemacht hat, trotz des ungewöhnlich schlechten Rohmaterials das Arbeiten auf 4 Webstühlen (statt wie bisher 2 und 3) einzuführen. Die Streikenden sind nur zum geringen Teile organisiert, zum Teil christlich.

Achtung, Orgelbauer! Die Firma P. L. Ackermann u. Lunds, Orgelfabriks-Aktienbelag in Sundyberg in Schweden macht Anstrengungen, um Streikbrecher in Deutschland anzuwerben. Insbesondere werden Arbeiter für Pfeiforgeln und Harmoniums gesucht. Als Streikbrecheragent funktioniert ein deutscher, bei der Firma angestellter Orgelbauer. **Die deutschen Orgelbauer werden gebeten, den Zuzug nach Sundyberg, wie überhaupt nach Schweden, fernzuhalten.**

Badische Chronik.

Durlach.

Zur Landtagswahl. Lebhaft zu begrüßen ist ein Beschluß, den der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung auf Antrag der sozialdemokratischen Bürgerausschußfraktion gefaßt hat. Es sollen nämlich alle in die Landtagswählerliste Aufgenommenen davon mittels Postkarte benachrichtigt werden, sodaß diejenigen, die keine bürgermeisteramtliche Mitteilung erhalten, mit Sicherheit annehmen können, daß sie aus irgend einem Grunde nicht in der Wählerliste stehen, und wenn sie glauben, daß dies zu Unrecht geschehen ist, reklamieren können. Die Kontrolle der Wählerliste in der Zeit ihres öffentlichen Aufliegens wird dadurch erheblich vereinfacht.

Baden-Baden.

Den Volksfreundlesern diene zur Kenntnis, daß von nun an Reklamationen über Unregelmäßigkeiten in der Zustellung, sowie Neubestellungen für den „Volksfreund" an K. Mutter, Büttenstraße 5, zu richten sind. Gleichzeitig wirr ersucht, das Abonnementsgeld frühzeitig bereit zu halten, um der Kassiererin unnötige Gänge zu ersparen.

Offenburg.

W. **Der Arbeitergesangverein „Freiheit"** beginnt seine regelmäßigen Proben für gemischten Chor am Dienstag, 7. ds. Mts., abends pünktlich halb 9 Uhr, im Probelokal („Michelhalle"), wozu vollzähliges Erscheinen erwünscht ist. Der Gesangverein „Freiheit" hat sich bisher unter der tüchtigen und verdienten Leitung seines Dirigenten Herrn Hauptlehrer Martin sehr gut entwickelt und verschiedentlich Proben seines Könnens abgelegt. Er hat durch Veranstaltung von Konzerten sowie durch Mitwirkung bei Arbeiterfesten der Arbeiterschaft Offenburgs viele herrliche Freiheits- und Volkslieder übermittelt und beabsichtigt auch im kommenden Herbst mit einigen neuen und ausgezeichneten Kompositionen zu erfreuen. Wenn wir deshalb den Ruf an die Offenburger Arbeiterschaft richten, uns durch ihren Beitritt sowie durch Zuführung von stimmbegabten Familienangehörigen insbesondere Sängerinnen, zu unterstützen, so wird hoffentlich dieser Ruf nicht ungehört verhallen. Meldungen werden in den Proben sowie durch sämtliche Vereinsmitglieder entgegengenommen.

Villingen.

-- **Ein roher Patron.** In der Schöffengerichtssitzung vom 26. August wurde der Schreiner Albrecht Storz von Neuhausen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am 5. und 6. Juni ds. Js. sein siebenjähriges Pflegekind Hermine Federle in der brutalsten Weise mißhandelte. Einen ergreifenden Anblick machte das arme schwächliche Geschöpf, als es vor dem Richter in weinerlichem Tone den Hergang der Mißhandlung erzählte. Das Mädchen erhielt fast jeden Tag Schläge; es mußte sich dabei seiner Unterkleider entledigen und wurde hierauf auf eine Türe gelegt und dann auf den bloßen Körper mit einem starken Meerrohr geschlagen, sodaß starke, mit Blut unterlaufene Striemen hervortraten. Dann wurde es in einen Winkel geschleudert und bekam mit dem Stock noch 14 Tatzen, wodurch der Daumen verletzt wurde. Hierauf wurde zum Kirchgang angetreten, weil Neuhausen bekanntlich ein gut katholischer Ort ist. Gegen Abend ging dann die Mißhandlung von neuem los. Das arme Geschöpf mußte sich vollständig entkleiden und wurde ihm befohlen, mit entblößtem Körper auf ein kantiges Stückchen Holz zu knien und zwar in einem kalten Speicher. Als der Rabenpflegevater dann nachts vom Wirtshaus zurückkam, verharrte das Kind schlotternd vor Kälte noch in dem Raum. Nicht genug damit. Das Mädchen mußte dann ins Bett, wurde auf den Bauch gelegt und nochmals mit Stockschlägen auf den bloßen Körper traktiert, daß es jämmerlich schrie. Andern Tages sollte es sich in einem Kübel waschen. Dabei wurde ihm von Storz der Kopf in den Kübel gestoßen und 2 Eimer kaltes Wasser über das Kind geleert. Es wurde dann wiederum gestoßen, wobei es auf eine Hacke trat und sich das Auge verletzte. Nach Aussage des Bezirksarztes war das Kind furchtbar zugerichtet und in diesem Zustand kam es ins Krankenhaus nach Königsfeld. Was mag wohl der Pflegevater für eine Andacht in der Kirche gehabt haben, als er vor und nach der Kirche diese scheußlichen Mißhandlungen an einem armen, verlassenen, schwächlichen Kinde vollzog?

Waldshut.

Flugblattverbreitung. Wir machen die Genossen darauf aufmerksam, daß zur Vorbereitung für die am nächsten Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung am Mittwoch Abend 8 Uhr noch eine Versammlung im „Scheffelhof" stattfindet und ist vollzähliges Erscheinen notwendig. Zugleich werden diejenigen, die am nächsten Samstag einen Solidaritäts-Radfahrer von Zürich in Quartier nehmen können, ersucht, das bis zum Mittwoch Abend dem Genossen Gaugel zu melden.

Forbach, 1. Sept. Eine unbesonnene Tat. So mancherlei Erzählungen, die sich besonders bei unserem Landvolke von Generation zu Generation fortpflanzen, wissen davon zu berichten, daß junge Burschen oder tapfere Mädchen, um ihren besonderen Heldenmut zu beweisen, zur mitternächtigen Stunde auf den Friedhof sich begaben, daß aber solch kühne Unternehmungen meist ein Ende mit Schrecken gefunden haben. Derartige Dinge ereignen sich heute noch, wenn auch ohne einen tragischen Abschluß, an dessen Stelle das gerichtliche Nachspiel tritt, wie die Verhandlung vor der Karlsruher Strafkammer gegen den 18 Jahre alten Taglöhner Emil Wunsch aus Forbach wegen Vergehens gegen § 168 R.Str.G.B. (betr. Grabschändung) dartat. Er wollte seinen Kameraden zeigen, daß er keine Angst kenne, und ging deshalb am 11. Juli, nachts 11 Uhr, auf den hiesigen Friedhof, wo er an einer Grabstätte ein Kreuz herausriß, das er durch die Ortsstraße bis zur Wirtschaft zum „Hirsch" trug. Er wollte dasselbe dann in die Murg werfen. Daran wurde er aber verhindert; er brachte das Kreuz daraufhin auf den eine Viertelstunde vom Orte entfernt liegenden Friedhof zurück. Der Vorfall kam zu gerichtlicher Anzeige, worauf gegen Wunsch wegen Vergehens gegen § 168 R.Str.G.B. Anklage erhoben wurde. Sie endete heute mit der Verurteilung des Angeschuldigten zu 2 Monaten Gefängnis.

Odenheim, 3. Sept. Arbeiterrisiko. Der 42 Jahre alte Steinbrecher Engelbert Stricker verunglückte heute, indem er von einem zirka 4 Meter hohen Felsen herunterstürzte. Beschäftigt war er bei Steinhauermeister Mathäus Heckert im Waldsteinbruch Zinkenbusch. Der Bedauernswerte brach den Arm und einen Fuß und mußte ins Spital nach Bruchsal gebracht werden.

Hornberg, 4. Sept. Unfall. Heute Vormittag stürzte das dem Müller Fr. Aberle gehörige Fuhrwerk mit zwei schwerbeladenen Wagen samt Pferden an der Bahnhofstraße den steilen Zufahrtsweg des Herrn Aberle und von da noch eine zehn Meter hohe, fast senkrechte Böschung hinunter, wobei das Pferd unter die großen Papierballen zu liegen kam. Während die Wagen zertrümmert sind, erholte sich das Pferd zu aller Erstaunen nach kurzer Zeit von seinem Schrecken, ohne Schaden gelitten zu haben. Die Schuld soll ein von entgegengesetzter Seite kommendes Hotelfuhrwerk treffen, das nicht die richtige Fahrseite eingehalten haben soll.

Donaueschingen, 5. Sept. Eine bedenkliche Nachricht wird aus Möhringen mitgeteilt: Nun ist wieder von dem Grundstück des Landwirts Bertsche, das etwa eine halbe Stunde von der Donauversickerung entfernt liegt, ein ungefähr 1 Meter großes Stück Land verschwunden. Das gleiche Geschehnis trat vor wenigen Jahren auf dem gleichen Grundstück ein. Wer garantiert unter diesen Umständen für die absolute Sicherheit in der Nähe des kleinen Tunnels, da das erwähnte Grundstück nur 3 bis 4 Meter vom Eisenbahndamm entfernt liegt?

Lörrach, 5. Sept. Bahnprojekt. Das von einer im vergangenen Winter in Zell abgehaltenen Versammlung über die Frage des Feldbergdurchstichs für eine direkte Verbindung Basel—Stuttgart eingesetzte Komitee ist für dieses Projekt eifrig tätig. Vorerst gilt es für das Komitee die wirtschaftliche Notwendigkeit eines solchen Projektes darzutun, die technische Durchführbarkeit bildet wesentlich geringere Schwierigkeiten. Das Komitee hat sich an eine Reihe von Industrie- und Handelsfirmen um statistische Angaben gewendet, aber keine befriedigenden Resultate erhalten über den bestehenden Umfang des Güterverkehrs im Wiesental. Um diesen festzustellen, wird man die Angaben der badischen Eisenbahnverwaltung sowie diejenige der Bahnlinie Zell-Totnau über den Güterverkehr im Wiesental einholen müssen. Sofort nach Einholung der Verarbeitung des Materials wird das Komitee dem Wunsche der Zeller Versammlung entsprechen eine Eingabe an die badische Regierung richten. Soweit sich die Stimmung im ganzen Wiesental beurteilen läßt, ist man der Erstellung der Linie Totnau—Titisee und dem Ausbau der Strecke Zell—Totnau zu einer Normalspurbahn durchaus günstig gesinnt und die Bevölkerung wünscht die baldige Ausführung des Projektes, wodurch man einmal eine zweckmäßigere Verbindung mit Freiburg und dann aber auch mit Süddeutschland erhält.

Radolfzell, 5. Sept. Stenographentag. Heute und gestern fand hier die 13. Bezirksversammlung der oberbadischen Gabelsbergerschen Stenographenvereine statt. Um 9 Uhr fand öffentliches Wettschreiben statt; in der Hauptversammlung sprach der deutsche Bundesvorsitzende Professor Ed. Pfaff aus Darmstadt über: „Die deutsche Einheitsstenographie, eine Forderung der Gegenwart".

Aus Freiburg.

Freiburg, 6. Sept.

— **Parteigenossen, Volksfreundleser, Gesinnungsfreunde!** Erscheint morgen rechtzeitig im „Löwenkeller". Die hiesige Zentrumspresse, insbesondere die „Tagespost", werden in dieser Versammlung die Antwort auf ihre letzten Angriffe erhalten. Nicht genug der Lügen und Verdrehungen, sucht dieses Blatt Mißtrauen und Hader unter den Parteigenossen wie unter den Führern hervorzurufen. Mit jesuitischer Geschicklichkeit werden Nachrichten aus der Parteipresse und eine Erklärung des Gen. Kräuter in den hiesigen Zeitungen, nicht liberalen „Parteiblättern", wie es in der betreffenden Notiz heißt, zusammengestellt und Schlußfolgerungen daraus gezogen, wie sie nur das fanatisierte Gehirn eines Zentrumsredakteurs aussinnen kann. Der Herr Redakteur der „Tagespost" ist brieflich eingeladen. Möge in dieser Versammlung die hiesige Bürgerschaft Protest dagegen erheben, daß der Wahlkampf in der Weise geführt wird.

Waldmichel-Kombinationen.

Vor einiger Zeit sah sich Genosse Kräuter gegenüber den Machinationen eines Konkurrenten genötigt, eine Erklärung zu veröffentlichen, welche besagte, daß er nicht krank sei und er sein Geschäft wie bisher weiter betreibe. Auf heute Abend hat nun der Sozialdemokratische Verein eine Versammlung einberufen, zu welcher er mit dem Hinweis einlud, daß wichtige Angelegenheiten zu erledigen seien. Die „Tagespost" bringt nun unter dem Stichwort: „Was ist los?" einen Artikel, in welchem sie die beiden Dinge miteinander in Verbindung bringt und schreibt dann:

„Parteifreunde sprechen die Meinung aus, die Erklärung Kräuters habe eine politische Absicht. Bekanntlich sind für die drei Kreise der Stadt Freiburg die sozialdemokratischen Kandidaten in den Herren Kräuter, Engler und Grumbach ernannt, dagegen sind sie noch nicht den Wahlkreisen zugewiesen. Man begegnet nun dem Gerücht, Herr Engler solle im Stühlinger den Herrn Kräuter ablösen. Es klingt nicht unwahrscheinlich, wenn bei dieser Lage angenommen wird, Herr Kräuter habe mit seiner Erklärung „Gerüchten" dieser Art entgegentreten wollen."

Allerhand Hochachtung vor dieser Waldmichelei. Die Kandidatenfrage ist hier schon seit Januar gelöst. Die Frage, ob Genosse Kräuter wieder im Stühlinger aufgestellt werden sollte, wurde nicht einmal erst erwogen, das war für jeden Genossen selbstverständlich. Mit solchen Märchen soll nur der Eindruck hervorgerufen werden, als ob bei uns ein Streit um die Kandidaturen wäre. Mit der Kandidatenfrage beschäftigte sich seit der Versammlung im Januar keine Versammlung mehr und auch die heutige hat damit nichts zu tun.

— **Die erste Pflicht unserer Parteigenossen** ist jetzt bei jeder Gelegenheit für den „Volksfreund" Propaganda zu machen. Jetzt heißt es, die Säumigen aufrütteln, sie auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Der „Volksfreund" ist jetzt so ausgestattet, daß ein anderes Blatt vollständig überflüssig ist. Für den bevorstehenden Wahlkampf ist die Presse unsere beste Waffe.

— **Die oft herbeigesehnten besseren Verkehrsverbindungen** auf der Bahnstrecke Freiburg—Kolmar werden vom 1. Oktober ab eintreten. Es wird für elsässische Reisende ein günstiger Anschluß an den Vormittags nach Ulm—München verkehrenden Eilzug geschaffen, und der abends von Ulm über Donaueschingen kommende Eilzug wird von Freiburg aus nach dem Elsaß weitergeführt.

Aus der Residenz.

***Karlsruhe, 6. Sept.**

Die Parteigenossen der Südstadt

machen wir auf die heute Montag, Abend in der „Eiche", Augartenstraße, stattfindende Versammlung aufmerksam. Es gilt, für den Landtagswahlkampf Propaganda zu machen. Keiner fehle! In der Wahlzeit darf keiner sagen: Auf mich kommt es nicht an; es kommt eben auf jeden an.

28000 Flugblätter

wurden gestern Morgen trotz strömenden Regens und unfreundlicher Witterung durch unsere Parteigenossen in allen Stadtteilen Karlsruhes verteilt. Es darf als ein erfreuliches Zeichen der Wahlbegeisterung angesehen werden, daß sich in fast allen Meldestellen arbeitseifrige Flugblattverbreiter in großer Zahl eingefunden hatten, um zu werben für sozialistische Wahlstimmen und für Wahlerfolge bei der im Oktober stattfindenden Landtagswahl. Das verteilte Flugblatt war das erste; ihm werden weitere folgen.

Arbeiten wir bis zur Wahl unverdrossen und zielbewußt bei allen uns sich bietenden Gelegenheiten, dann kann die Karlsruher Sozialdemokratie den 21. Oktober als einen Ehrentag in ihrer Geschichte feiern.

Die Tarifverhandlungen im Glasergewerbe

haben nunmehr, ohne daß es zur Arbeitseinstellung gekommen ist, ihren Abschluß gefunden. Der Vertrag tritt sofort in Kraft und gilt bis 17. Februar 1912. Der Minimallohn beträgt 45 Pf., die bestehenden Löhne werden um 5 Pf. erhöht, wovon 2 Pf. sofort, weitere 3 Pf. am 1. Mai 1910 bezahlt werden.

Die bestehenden Akkordsätze werden um 3 Prozent sofort erhöht, weitere 2 Prozent werden vom 1. Mai 1910 ab bezahlt. Bei Unterbrechung des Akkordes werden bis zu 2 Tagen eine Entschädigung von 5 Pf. pro Stunde, ferner bei Arbeiten in Neu- und Umbauten, Spiegelscheibeneinsetzen, sowie Neueindecken von Glasdächern ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt mit 1½stündiger Mittagspause jetzt 9½ Stunden, vom 1. Mai 1910 ab 9 Stunden.

Mögen nun alle Glaser auch darauf bedacht sein, daß der Vertrag richtig eingehalten wird.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

müssen seitens der Städte schon jetzt getroffen werden. In Köln teilte die Verwaltung mit, daß für den kommenden Winter eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit zu erwarten sei. Am Freitag trat eine Kommission der größeren Städte Westdeutschlands zusammen, um gemeinsame Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit zu treffen und insbesondere gemeinsam den Arbeitsnachweis zu regeln.

Zum Tarifkampf im Metzgergewerbe

ist zu berichten, daß Verhandlungen über den Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Innungsleitung und der Organi-

(Fortsetzung auf der 7. Seite.)

den. Zu einer Verhandlung im Plenum ist es aber nicht mehr gekommen. Die Verfassungsanträge wurden überhaupt nicht mehr in Angriff genommen.

Da nun nach dem herrschenden Brauch Gesetzentwürfe und Anträge, die im Laufe einer Session im Plenum des Hauses nicht zur endgiltigen Beschlußfassung gediehen sind, einfach unter den Tisch fallen, so sind von der mit der Reichsregierung beliebten Schließung der Session am 13. Juli auch die Verfassungs- und Geschäftsordnungsanträge vorläufig begraben. Formell existieren sie überhaupt nicht mehr für den Reichstag; sie müssen neu eingebracht werden, wenn sie in der kommenden Session überhaupt wieder zur Beratung zugelassen werden sollen. Die Sozialdemokratie wird es natürlich als ihre Ehrenpflicht ansehen, den Reichstag im Herbst dieses Jahres abermals vor die Frage der Verfassungsreform zu stellen. Versagt der Reichstag auch dann wieder, so wird doch die neue Erörterung dieser wichtigen Frage dazu beitragen, in weiteren Kreisen des Volkes der Ueberzeugung zum Durchbruch zu verhelfen, daß es sich andere Vertreter wählen muß als Leute, die sowohl im Hottentottenblock wie im Schnapsblock sich gleich unzuverlässig gezeigt haben, als es sich um die Sicherung oder Erweiterung von Volksrechten handelte. Es ist ja schon so weit in Deutschland gekommen, daß der demokratische Parlamentarismus nur noch von einer einzigen Partei ernsthaft vertreten wird: von der Partei des Proletariats, der Sozialdemokratie.

Die wirtschaftliche Notlage.

Gleich am 4. November, bei Wiederzusammentritt des Reichstags, hatte die Sozialdemokratie auch noch folgende Interpellation wegen der schweren wirtschaftlichen Krisis eingereicht: „Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, die sich in Arbeitseinschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen und durch die hohen Lebensmittelzölle gesteigerten Notstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken?"

Unser Antrag kam im Zusammenhange mit einer Interpellation des Zentrums über die Ursachen der Arbeitslosigkeit am 13. November auf die Tagesordnung. Die Begründung hatte Genosse Molkenbuhr übernommen. Auf die Frage, was aber Reich, Staat und Gemeinden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tun könnten, ging unser Redner mit folgenden Ausführungen ein:

„Eine vernünftige Regierung sollte doch alle Kulturarbeiten, die in der nächsten Zeit getan werden müssen, gewissermaßen ein Jahrzehnt vorarbeiten. Vor allen Dingen aber kann man vom Staat und den Gemeinden verlangen, wenn sie nun schon Rücksicht auf die Privatindustrie und die Privatunternehmer nehmen wollen, daß sie wenigstens in dem Moment, wo überflüssige Arbeitskräfte vorhanden sind, so viel Arbeit vergeben, daß ein erheblicher Teil der überschüssigen Arbeiter bei Staats- und Gemeindearbeiten beschäftigt werden kann. Was müßten wir z. B. in nächster Zeit an Eisenbahnen haben! Welche Kanäle werden notwendig, um das deutsche Wasserstraßennetz vollständig auszubauen! Inspizieren Sie auch einmal die Schulhäuser in ganz Deutschland, und Sie werden sehen, daß wir da in der nächsten Zeit ungeheuer viel Neubauten haben müssen, weil alte zusammenfallen oder in den wachsenden Gemeinden neue Schulhäuser errichtet werden müssen. Wenn Sie da vorarbeiten würden, könnten Sie schon ganz Erhebliches leisten."

Ferner verlangte unser Redner eine Arbeitslosenversicherung. Er meinte, mit etwa 220 Millionen Mark jährlich lasse sich die Durchführung der Arbeitslosenversicherung erreichen. Wenn das den herrschenden Klassen zuviel erscheine, so sollten sie einmal in Vergleich stellen, was jährlich für Heer und Flotte ausgegeben würde.

Als Vertreter des Zentrums hatte der Abg. Pieper gleichfalls für Maßregeln zur Hebung der Arbeitslosigkeit gesprochen. Vor den durchgreifenden Mitteln der Sozialdemokratie scheute er indes vorsichtig zurück. Er empfahl statistische Aufnahmen, um in Erwägung zu treten, ob überhaupt eine Arbeitslosenversicherung in irgendeiner Form in Angriff zu nehmen sei. Noch zurückhaltender sprach sich in Beantwortung der Interpellation als Vertreter der Reichsregierung der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg aus. Ueber wohlwollende Redensarten kam er nicht hinweg. Er wies auf die Beschleunigung einiger Regierungsarbeiten hin und meinte im übrigen, die beste Sicherung gegen Wirtschaftskrisen läge in der vortrefflichen Wirtschaftspolitik, die das Deutsche Reich sich angelegen sein lasse, was denn nun freilich mit den Früchten dieser Politik in krassem Widerspruch steht. Die weitere Debatte brachte ein Lob der deutschen Industriellen aus dem Munde des nationalliberalen Industrievertreters Stresemann und die übliche patzige Verherrlichung der agrarischen Hochschutzzollpolitik durch den Direktor des Bundes der Landwirte Dr. Hahn, dem dann der Freisinnige Gothein in kräftiger Weise entgegentrat. Der Genosse Severing, der die Ausführungen des Staatssekretärs für höchst unbefriedigend erklärte, konnte aus den Statistiken des Deutschen Metallarbeiterverbandes nachweisen, daß die Löhne in der letzten Zeit tatsächlich erheblich zurückgegangen sind. Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß der Staatssekretär seinen Zweifel an der Durchführungsmöglichkeit einer Arbeitslosenversicherung baldigst revidieren werde. Damit ging die Debatte aus, die für die weiteren Reichstagsverhandlungen immerhin den grundlegenden Wert hatte, zu zeigen, wie wenig die ungeheuerlichen Steuerforderungen der Regierungen zu der wirtschaftlichen Notlage des Volkes passen.

Die Sydowsche Finanzreform.

Die Regierungsentwürfe.

Von einer wirklichen Reform unseres Finanzwesens ist natürlich in dieser Sydowschen „Finanzreform" ebensowenig wie in den früheren irgend etwas zu spüren. Eine wirkliche Finanzreform, die den Anforderungen der Sozialdemokratie entsprechen würde, wäre auf eine Herabsetzung der Ausgaben und auf eine Ersetzung der volksbelastenden indirekten Steuern durch direkte Steuern, also Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer, hinausgekommen. Aber was die Bülow und Sydow eine Finanzreform zu nennen beliebte, ist wiederum weiter nichts als eine systemlose Sammlung neuer Steuern. Die Reichsregierung hatte sich herausgerechnet, daß sie etwa 500 Millionen Mark neuer Einnahmen brauche, wenn sie auf ihre Weise die Finanzen des Reiches ins Gleichgewicht bringen wollte. Sie brachte deshalb gleich mit der Vorlegung des Budgets für das Jahr 1909 dem Reichstag eine Reihe von neuen Steuergesetzen in Vorschlag.

Das Bündel neuer Steuern, das dem Reichstag im November 1908 vorgelegt wurde, setzte sich folgendermaßen zusammen:

1. Branntweinsteuer	100	Mill. Mark
2. Tabak-Banderolesteuer	77	„ „
3. Biersteuer	100	„ „
4. Weinsteuer	20	„ „
5. Nachlaßsteuer	73	„ „
6. Erbrecht des Staates	19	„ „
7. Elektrizitäts- und Gassteuer	50	„ „
8. Anzeigen- und Plakatsteuer	33	„ „
Zusammen	472	Mill. Mark

Unter diesen rund 472 Millionen Mark Steuern sollten nur die 92 Millionen für die Nachlaßsteuer und das Erbrecht des Staates auf direktem Wege vom Besitz aufgebracht werden. Die übrigen rund 380 Millionen sollten den Konsum und Verkehr treffen. Es ist nun hervorzuheben, daß die gesamten bürgerlichen Parteien an diesem Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern keinen Anstoß nahmen. Sie alle waren bereit, vier Fünftel der geforderten Summe auf den Konsum zu legen. Die Sozialdemokratie allein trat als unbedingte Gegnerin aller indirekten Steuern auf.

Die Regierung trat nun mit der Forderung an den Reichstag heran, daß er vorweg, ehe er an die Erörterung des Budgets herantrete, die neuen Steuern in erster Beratung annehmen sollte. Auch das ist bezeichnend für unsere Verfassungszustände; denn damit ging man von der Voraussetzung aus, daß die Notwendigkeit neuer Steuern überhaupt gar nicht erst zu erweisen sei. Am 19. November trat dann auch wirklich der Reichstag in die erste Beratung der Steuervorlage ein.

Die Finanzreform in der Kommission.

Die Kommissionsverhandlungen über die sogen. Finanzreform zogen sich über 5 Monate hin. Sie zerfallen in zwei voneinander scharf geschiedene Perioden. Die erste Periode, die den Hauptteil der Zeit in Anspruch nahm, stand noch unter dem Zeichen des konservativ-liberalen Regierungsblocks. Der Block wurde schließlich durch die Verhandlungen dieser Kommission selbst gesprengt, weil die Konservativen ihren liberalen Bundesgenossen den Laufpaß gaben und sich mit der Zentrumspartei und den Polen zu einem neuen agrarischen Block zusammenschlossen, der die Steuervorlagen der Regierung völlig im agrarischen Sinne umgestaltete. Sehr bald nach Beginn der agrarischen Aera führte die Rücksichtslosigkeit der agrarischen Parteien zu einem Bruch der Geschäftsordnung. Das gab den Sozialdemokraten, sowie den Liberalen Anlaß, aus der Kommission auszuscheiden. Die Vertreter der übrigen Parteien setzten indes die Verhandlungen fort und diese Rumpfkommission erledigte in dieser zweiten Periode der Kommissionsberatungen im Handumdrehen dann die ganze Finanzreform im agrarischen Sinne.

Um das Verhalten der Sozialdemokratie während der Kommissionsberatungen sowohl wie bei den späteren Plenarsitzungen richtig zu verstehen, ist folgendes im Auge zu behalten: Indem die Partei sich an den Verhandlungen über Regierungsvorlagen und Anträge der Parteien beteiligt, sucht sie stets auch dann, wenn sie mit einer Vorlage und ihrem Zweck an sich nicht einverstanden ist, in den einzelnen Stadien der Vorberatung der Vorlage eine den sozialdemokratischen Bestrebungen möglichst günstige Gestalt zu geben. Ihre Endabstimmung macht sie dann abhängig von dem Gesamtresultat der Beratungen, indem sie die Vorteile und Nachteile der Vorlage gegeneinander abwägt. Ueberwiegen die ersteren, dann nimmt sie die Vorlage an, überwiegen die letzteren, dann lehnt sie sie ab. Genau wie bei den Gesetzentwürfen oder Anträgen aller Art verhält sich die Partei auch gegenüber dem Budget und den Steuervorlagen. Die Partei behält sich stets vor, eine Vorlage bei der letzten Entscheidung, die bei Gesetzentwürfen erst in dritter Lesung zu erwarten ist, völlig abzulehnen, trotzdem die Partei in den Kommissionsberatungen wie in der zweiten Lesung im Plenum Verbesserungsanträge nicht nur gestellt, sondern auch durchgesetzt hat. Dieser Taktik entsprechend ist die Partei auch bei der Behandlung der sogen. Finanzreform verfahren.

Die Kommission nahm in ihrer Gesamtheit sehr bald zu einigen Vorlagen der Regierung eine durchweg ablehnende Haltung an. Ohne Sang und Klang wurden die Elektrizitäts- und Gassteuer sowie die Anzeigen- und Plakatsteuer rundweg abgelehnt. Eingehende Erörterungen fanden über die Weinsteuer statt, die im ganzen aber auch keine Annahme fand, sondern nur in der Form einer Schaumweinsteuer genehmigt wurde. Bei den anderen Steuerobjekten: Bier, Tabak und Branntwein gingen die Meinungen der bürgerlichen Parteien zwar scharf auseinander, doch wurde die Erhöhung aller dieser Verbrauchsabgaben prinzipiell nur von den Sozialdemokraten bekämpft.

Bei Erörterung der Branntweinsteuer vollzog sich endlich, was sich allmählich vorbereitet hatte: die Spaltung des konservativ-liberalen Blocks und die Bildung einer neuen konservativ-klerikal-agrarischen Mehrheit.

Es zeigte sich bald, daß der neue agrarische Block entschlossen war, seine Macht zur Ausgestaltung eines völlig agrarischen Finanzprogramms auszunützen. Von den Konservativen und der Zentrumspartei wurden Steuerentwürfe in der Kommission eingebracht, die zum Teil sich als Umgestaltungen der abgelehnten Steuervorlagen der Regierung deuten ließen, wie ja die Steuer auf Glühkörper als eine Umgestaltung der Elektrizitäts- und Gassteuer aufgefaßt werden kann. Andere Entwürfe aber, wie der konservative Vorschlag einer sogenannten Kotierungssteuer, d. h. einer Besteuerung der Wertpapiere, die an der Börse gehandelt werden, und deren Kursstand bekannt gegeben wird, waren ganz neue Steuervorlagen. Dahin gehörte der Vorschlag, den Kaffee- und Teezoll zu erhöhen, eine Steuer auf Parfüms, Zahnwasser und Schönheitsmittel, die dem Kopfe des Herrn Erzberger entsprungen waren, eine Reichsumsatzsteuer, eine Mühlenumsatzsteuer und einen Kohlenausfuhrzoll zu erheben.

Als diese Steuern auf die Tagesordnung der Kommission gesetzt wurden, erhoben die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die Nationalliberalen Einspruch dagegen, weil sich das nicht mit der Geschäftsordnung des Reichstages vertrage. Es war bisher unverbrüchlicher Brauch, daß eine Kommission sich nur mit solchen Anträgen befassen durfte, die ihr vom Plenum des Reichstages ausdrücklich überwiesen worden waren. Abgewichen wurde in berechtigter Weise davon nur, wenn von keiner Seite Widerspruch dagegen erhoben war. Die Mehrheit der Kommission ließ sich durch solche Erwägungen nicht von ihrem Entschluß abbringen, die neuen Steuerentwürfe auf eigene Faust in Beratung zu nehmen. Darauf verließen die Vertreter der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen unter Protest das Sitzungszimmer. Die Rumpfkommission von nur noch 18 Mitgliedern erledigte dann im Handumdrehen ohne ernsthafte Beratung am 28. und 29. Mai das agrarische Steuerprogramm. Wie eines der Kommissionsmitglieder rühmend hervorhob, hatte sie „rasche und gründliche Arbeit" gemacht. Das Steuerbukett der Rumpfkommission setzte sich nunmehr folgendermaßen zusammen:

Biersteuer	100	Mill. Mark
Branntweinsteuer	80	„ „
Tabak- und Zigarettensteuer	45	„ „
Schaumweinsteuer	5	„ „
Steuer auf Parfümeririen	8	„ „
Steuer auf Zündhölzer	25	„ „
Steuer auf Glühkörper	20	„ „
Kaffee- und Teezoll	35	„ „
Mühlenumsatzsteuer	8	„ „
Kohlenausfuhrzoll	2	„ „

Ferner für die Beibehaltung der Fahrkartensteuer 20 Millionen, zusammen also 366 Millionen indirekter und Verkehrssteuern. Dazu kommt noch der Antrag Richthofen, die Kotierungssteuer. Die Kommissionsmehrheit schätzt ihr Erträgnis auf 80 Millionen, Staatssekretär Sydow hat selbst 60 Millionen genannt. Die Besitz- und Umsatzsteuer bezw. Reichs-Wertzuwachssteuer ist mit 60 Millionen Minimum veranschlagt worden. Im ganzen also 366 plus 140 Millionen Mark Steuern, zu denen schließlich noch die um 25 Millionen erhöhten Matrikularumlagen hinzugerechnet werden müssen.

Reichshaushaltsetat auf das Rechnungsjahr 1909/10.

Der Etat für das laufende Rechnungsjahr vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 war in Einnahme und Ausgabe von der Regierung auf 2 865 409 018 Mk. angelegt worden. Es muß aber betont werden, daß diese Summe, wie alljährlich, bloße Rechnungszahlen sind, die in Einnahme und Ausgabe gleichmäßig gebucht sind. Es handelt sich da um die Ueberweisungen an die Einzelstaaten, die in der Ausgabe verrechnet sind, während sie unter der Einnahme wiederum in den Matrikularbeiträgen stecken. Will man also die wirklichen Budgetzahlen erhalten, so muß man die Ueberweisungssumme von der Gesamteinnahme sowohl wie von der Gesamtausgabe abziehen. Die Ueberweisungssumme beträgt: 195 178 250 Mk. Zieht man das ab von der Summe, in der Einnahme und Ausgabe balancieren, so bleibt als wirkliche Budgetziffer in Einnahme und Ausgabe:

2 670 230 768 Mk.

Daß Einnahme und Ausgabe bis auf den Pfennig sich decken, wird dadurch erreicht, daß die Summe, um die Einnahme unter der Ausgabe zurückbleibt, nicht völlig durch Matrikularbeiträge gedeckt wird, sondern auf Anleihe genommen wird. Diese Reichsanleihe beträgt: 203 180 215 Mk.

Die Generaldebatte über den Etat.

Der Reichsschatzsekretär Sydow hatte die wenig angenehme Aufgabe, in der Zeit der wirtschaftlichen Krisis und der ewigen Finanznot des Reiches einen Ausgabeetat zu rechtfertigen, bei dem auch nicht der schwächste Versuch gemacht worden war, die Sparsamkeitstheorie des Reichskanzlers durch eine ernstliche Reduktion der Ausgaben in die Praxis zu übersetzen. Hatte doch die geschätzte Reichsregierung es fertig gebracht, die Ausgaben insgesamt noch um 81 Millionen höher zu veranlagen als im Vorjahre. Mit zaghafter Wehmut eröffnete der neue Finanzmann seine Ausführungen mit dem Eingeständnis, daß die Einnahmen infolge der Krisis ganz erheblich zurückgegangen sind. In dem abgelaufenen Finanzjahr 1907 ist die Einnahme hinter der Veranlagung um 13 800 000 Mk. zurückgeblieben. Dazu kommt noch außerdem, daß auch die Ueberweisungssteuern, die in die Kasse der Bundesstaaten fließen, 7 Millionen weniger ergeben haben. Im Zusammenhange damit haben auch die Erträgnisse aus den Zöllen, die für den Witwen- und Waisenfond zur Durchführung der Lex Trimborn angesammelt werden, im Vorjahre nur 42½ Millionen Mark ergeben, während 48 Millionen dafür angesetzt waren. Das gab dem Schatzsekretär Anlaß, zu erklären, daß die schwankenden Erträge dieses Fonds es unmöglich machen würden, das geplante Gesetz über die Witwen- und Waisenversorgung bereits am 1. Januar 1910 in Kraft treten zu lassen.

Waren diese Mitteilungen schon betrübsam genug, so waren die Auskünfte, die Sydow über das laufende Finanzjahr gab, völlig in graues Elend getaucht. An Mindereinnahmen seien nicht weniger als 134 Millionen Mark gegenüber dem Voranschlage zu erwarten. Die Erbschaftssteuer werde einen Ausfall von 12 Millionen, die Zölle von 87 Millionen Mark ergeben, die Post rechne mit Mindereinnahmen von 18½ Millionen, die Reichseisenbahnverwaltung mit 9½ Millionen Mark. Sydow schloß diese Betrachtungen mit dem Stoßseufzer, daß es doch recht schwer sei, einen gangbaren Etat aufzustellen. Begreiflich, wenn man die erreichte Ausgabenhöhe als eine unabwendbare Schicksalsfügung hinnimmt!

Zur Rechtfertigung der Ausgaben übergehend, meinte der Minister auf jedwede Kritik der Tatsache verzichten zu können, da das Flottengesetz abermals eine bedeutende Erhöhung der Marineausgaben bedingt hat. Nicht weniger als 61 Millionen Mark werden dem Marinemoloch in den unersättlichen Schlund geworfen. Die bürgerlichen Parteien nahmen das auch als ganz selbstverständlich hin, da sie ja die Mitschuld an dieser Geldvergeudung tragen.

Da der Reichskanzler es vorzog, sich vorläufig im Hintergrunde zu halten, kam es, daß nach den Vertretern des Zentrums und der Nationalliberalen zunächst als Redner der Sozialdemokratie der Genosse Scheidemann zum Wort kam. Er wies darauf hin, daß von der Sparsamkeit, die Bülow empfohlen, in dem Etat nichts zu spüren sei. Das sei ja verständlich, da Bülow selber sich gerühmt habe, kein Konsequenzenmacher zu sein. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Quelle des Finanzelendes in den ungeheuren Anforderungen zu suchen sei, die für Heer, Marine und Kolonialpolitik unausgesetzt gemacht werden. Hätten doch die gesamten Ausgaben dafür, die sich jetzt auf 157[illegible] Millionen Mark belaufen, im Laufe von 15 Jahren eine Verdoppelung erfahren. Aber so interessant die Frage nach dem Wohin und Woher der Steuern sei, ebenso wichtig sei mindestens die Frage:

„Wem sollen wir denn diesen Riesenetat von annähernd 3 Milliarden Mark bewilligen? Der Regierung des Fürsten Bülow? Meine Herren, schenken Sie der Regierung des Fürsten Bülow noch irgend welches Vertrauen nach alledem, was wir in den 8 Jahren unter der Präsidentschaft des Fürsten Bülow erlebt haben? Ich bin dieser Meinung: eine Regierung, die uns derartige Blamagen eingebrockt hat, wie die Regierung des Fürsten Bülow, kann man einen Etat nicht bewilligen, wenn man sich nicht mit verantwortlich machen will für alles, was diese Regierung getan hat, für alles, was man ihr — ohne zu übertreiben — für die Zukunft zutrauen muß."

(Forts. folgt.)

Aus dem Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdem. Reichstagsfraktion

4. November 1908 bis 13. Juli 1909.

Die Verfassungskrise.

Ein überraschendes Ereignis brachte bei Beginn der Reichstagssession am 4. November eine Verfassungskrise zum Ausbruch.

Die Verfassung des Deutschen Reichs wurde in einer Zeit geschaffen, als die Autorität und der Einfluß der preußischen Regierung nach der Beendigung des siegreichen Krieges von 1866 auf dem Höhepunkt stand. Bismarck konnte alles durchsetzen, was er wollte, da in dem Reichstag des zunächst gegründeten Norddeutschen Bundes die ganz überwiegende Mehrheit sich jedweder oppositioneller Gelüste entschlagen hatte. So ist es gekommen, daß 1867 die Verfassung des Norddeutschen Bundes, der sich vier Jahre später zum Deutschen Reich erweiterte, nahezu alle Macht in die Hände der Regierung legte, während der aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Reichstag weniger Machtbefugnisse hat, als das Parlament irgend eines anderen vorgeschrittenen Kulturstaates. Dabei ist es auch geblieben, weil niemals bisher im Reichstag sich eine Mehrheit zusammengefunden hat, die ernstliche Schritte zur Erweiterung der Parlamentsrechte unternommen hätte. Erst jetzt sind selbst die bürgerlichen Parteien sehr wider ihren Willen durch die Ereignisse vor die Frage gestellt worden, ob sie durch eine Verfassungsänderung die Gefahren beschwören wollen, die dem deutschen Volk aus der gegenwärtigen Regierungsallmacht erwachsen.

Die Organisation der Regierungsgewalt im Deutschen Reiche wimmelt von Widersprüchen. Das Deutsche Reich ist ein Einheitsstaat und hat doch eine monarchische Spitze, den deutschen Kaiser, der befugt ist, das Deutsche Reich nach außen zu vertreten und Krieg und Frieden zu schließen. Der Kaiser übt sein Amt aber als Inhaber der Präsidialgewalt nur aus, weil er als König von Preußen das Haupt des größten Bundesstaates ist. Der eigentliche Regierungskörper ist der Bundesrat. Er hat teilweise den Charakter einer parlamentarischen Körperschaft, da er aus den Vertretern der einzelnen Bundesstaaten zusammengesetzt ist, während er praktisch die Funktionen eines nicht öffentlich verhandelnden Staatsrats ausübt. Der äußeren Form nach ist der Bundesrat aufgebaut auf dem föderativen Prinzip, in Wirklichkeit dominiert darin der mächtigste Bundesstaat, das Königreich Preußen. Man hat zwar Preußen nur 17 Stimmen gegeben, so daß es jederzeit von den 41 Stimmen der anderen Bundesstaaten überstimmt werden kann. Tatsächlich setzen sich aber die realen Machtverhältnisse auf die Dauer durch. Ein Bundesstaat, der ¾ der Gesamtbevölkerung umfaßt, kann in ernsten Fragen niemals von den Vertretern eines Haufens winziger Kleinstaaten oder auch ansehnlicher Mittelstaaten an die Wand gedrückt werden. Diese Vorherrschaft Preußens wird noch auch dadurch erleichtert, daß ebenso wie der König von Preußen gleichzeitig Reichsoberhaupt ist, auch die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in einer Person vereint sind. Trotz alles Geredes vom „Bundescharakter des Reiches" werden also in Wirklichkeit die Reichsgeschäfte im Nebenamte von der preußischen Regierung mit geführt.

So ist für die Politik des Reichs in letzter Linie stets das maßgebend gewesen, was den Interessen der herrschenden Klique der preußischen Junker entspricht. Das preußische Junkertum aber hat ein Interesse daran, daß weder im Reich noch in Preußen es jemals zu einem wirklich parlamentarischen Regierungssystem kommt, weil dabei auf die Dauer die Macht des Junkertums, einer zwar gut organisierten oder doch nur wenig zahlreichen Ausbeuterklasse, in die Brüche gehen müßte. Für das Junkertum gilt deshalb unverbrüchlich der Grundsatz: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut". Für die selbstherrliche Betätigung seiner Wünsche und Neigungen hat der König von Preußen und deutsche Kaiser nun aber vorzugsweise das interessante Gebiet der auswärtigen Politik zur Verfügung. Da läßt ihn das Junkertum frei schalten und walten, sofern nur auf dem Gebiete der inneren Politik die gefügige Bureaukratie das Junkerinteresse mit allen Mitteln des obrigkeitlichen Terrorismus zur Geltung bringt.

Während der Regierung des gegenwärtigen Kaisers hat der Betätigungsdrang des Monarchen, dem zu Bismarcks Zeiten durch die starke Persönlichkeit des Kanzlers selbst enge Schranken gezogen waren, sich ungehindert entfalten können. Die Zickzackkurse in der auswärtigen Politik, die daraus resultierten, erweckten seit Jahren Mißtrauen und wachsende Verstimmung im Volke. Was anfangs nur die Sozialdemokratie verkündet hatte, daß das herrschende bureaukratische Regierungssystem mit seiner Begleiterscheinung des persönlichen Regiments das Deutsche Reich in gefährliche Verwicklungen hineinlotsen müßte, wurde allmählich auch die Ansicht weiter bürgerlicher Kreise. Ein äußerer Anlaß, ein ganz besonders verblüffender Seitensprung des persönlichen Regiments, verhalf dieser Mißstimmung im Herbst des vorigen Jahres plötzlich zum Ausbruch.

Das persönliche Regiment vor dem Reichstag.

Am 28. Oktober 1908 erschien in dem englischen Blatt „Daily Telegraph" ein Bericht über eine angeblich zwischen dem Kaiser Wilhelm II. und einem Engländer stattgefundene Unterredung, die das größte Aufsehen in England und Deutschland nicht nur, sondern in der ganzen Welt erregte. Die Enthüllungen erweckten überall in Deutschland Entrüstung, im Ausland Spott und Hohn. Gerade die eifrigsten Patrioten und Anhänger des herrschenden Regierungssystems gestanden ein, daß dem Ansehen Deutschlands damit ein schwerer Schlag versetzt worden sei, weil man unmöglich ein Volk besonders respektieren könne, daß sich eine derartige Vertretung seiner Interessen gegenüber fremden Ländern gefallen lasse. Daß Mißtrauen der Engländer gegen Deutschlands Pläne wurde durch diese Enthüllungen obendrein verstärkt und nicht gemildert, wie Wilhelm II. das offenbar geglaubt hatte. In anderen Ländern, wie Frankreich, Rußland, Japan wurde neuer Argwohn gegen die Reichsregierung erweckt. Die Veröffentlichung erhielt noch dadurch ein sonderbares Nachspiel, daß in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 31. Oktober eine Erklärung erschien, in der zugegeben wurde, daß der Entwurf des Artikels dem Kaiser unterbreitet gewesen war und von ihm dem Reichskanzler zur Prüfung übersandt wurde. Der Kanzler hätte aber den Entwurf nicht selbst gelesen, sondern ihn dem Auswärtigen Amte übergeben; im Auswärtigen Amt seien Bedenken gegen die Veröffentlichung nicht geltend gemacht worden. Hätte der Kanzler jenes Produkt selber gelesen, so würde er dessen Veröffentlichung widerraten haben. Da aber er die Verantwortung dafür trage, habe er dem Kaiser sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der Kaiser habe diesem Gesuch keine Folge gegeben, „jedoch auf Antrag des Reichskanzlers genehmigt, daß dieser durch Veröffentlichung jenes Sachverhalts in die Lage versetzt werde, den ungerechten Angriffen auf den Kaiser den Boden zu entziehen".

Als der Reichstag am 4. November zusammentrat, wurden sofort von den Mitgliedern der verschiedensten Parteien Interpellationen eingereicht, in denen Aufklärung über das Interview und Maßregeln zur Verhütung der Wiederkehr ähnlicher Vorgänge gefordert wurden. Die sozialdemokratische Interpellation lautet:

> Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Vorgänge zu verhindern, wie sie durch die Mitteilungen des „Daily Telegraph" über Handlungen und Aeußerungen des deutschen Kaisers bekannt geworden sind?

Am 10. und 11. November kamen die Interpellationen im Reichstag zur Verhandlung. Der Präsident hatte den berechtigten Forderungen sämtlicher Parteien insofern Rechnung getragen, daß er erklärt hatte, von einem Eingriff Abstand zu nehmen, wenn die Person des Kaisers in die Debatte gezogen würde. Als erster Interpellant erhielt der Nationalliberale Bassermann das Wort. Er machte sich zwar zum Mundstück von allerhand Bedenken, die im Inland und Ausland laut geworden waren; er erwähnte, daß man im Ausland davon spreche, es werde nach dieser Erfahrung fernerhin sehr schwierig sein, der Deutschen Reichsregierung überhaupt noch vertrauliche Mitteilungen zu machen. Er stellte auch fest, daß die vielfachen Kundgebungen privater und öffentlicher Natur in Deutschland den Charakter eines einmütigen Protestes gegen das Eingreifen des Kaisers in die offizielle Politik Deutschlands trügen. So könne das unter keinen Umständen weitergehen.

Schärfer ging der Vertreter der freisinnigen Partei Herr Wiemer vor; aber auch er brach seiner Kritik die Spitze ab, indem er im Einklang mit einer konservativen Kundgebung versicherte: „Auch wir wollen nicht, daß diese Sache zur Machtfrage wird zwischen Krone und Parlament."

Daß die Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien noch zaghafter das heiße Eisen anfaßten, versteht sich von selbst. Ganz anders ging die Sozialdemokratie vor. Genosse Singer zog die vollen Konsequenzen aus dem Zorn und der tiefen Beschämung, die im Volke über jene Vorkommnisse empfunden werden.

Unser Redner protestierte dann entschieden gegen die Behauptung Wilhelms II., daß er mit seinem Bemühen, in Deutschland eine freundliche Gesinnung für England zu erzeugen, sich in der Minderheit befinde. Man müsse doch fragen, woher der Kaiser das wisse. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Besonders die Vertreter der Arbeiter, die Sozialdemokraten, könnten versichern, daß in unseren Kreisen von einer Feindseligkeit gegen England nichts zu spüren sei. Es sei ja eine sehr erfreuliche Erscheinung, daß in weitesten Kreisen des Volkes die gleiche Entrüstung über das persönliche Regiment Platz gegriffen habe. Mit Reden sei aber nichts getan, auf Taten komme es an.

Singer formuliert dann die Forderungen der Sozialdemokratie dahin, daß der Reichstag seine parlamentarische Macht ausnützen müsse, um für sich selbst und das Volk größere Rechte gegenüber der Krone und der Bureaukratie zu erkämpfen. Vor allen Dingen sei erforderlich, daß durch eine Verfassungsänderung dem Volk die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hand gegeben werde; nur dadurch könne die Gefahr beseitigt werden, daß höfische Intrigen und launische Eingriffe einzelner Persönlichkeiten das deutsche Volk über Nacht in einen Krieg verwickelten. Dann brauchten wir ein wirkliches Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das dem Reichstag die Möglichkeit in die Hand gibt, den Reichskanzler oder etwaige andere verantwortliche Minister durch eine Anklage wegen ihrer Amtsführung vor einen Staatsgerichtshof zu bringen. Es müßte sich aber auch die Praxis einbürgern, daß nur solche Minister an ihrem Platze bleiben können, die für ihre Politik die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags haben.

Um die Kontrolle des Reichstages über die Geschäftsführung wirksamer zu gestalten, seien ferner einige Aenderungen der Geschäftsordnung notwendig, vor allem müsse der Reichstag für sich das Recht in Anspruch nehmen, an die Interpellationen Anträge zu knüpfen. Das sei er seiner eigenen Ehre schuldig.

Singer betonte dann, daß die Durchsetzung dieser Forderung sofort in die Hand genommen werden müsse. Würde der jetzige Moment verpaßt, dann würde es schwerer sein, auch nur die notwendigsten Aenderungen zu erzielen. Die Steuerforderungen der Regierung böten dazu die Handhabe. Der Reichstag müsse sich zu dem Beschluß aufraffen, in die Erörterung der Finanzreform nicht eher einzutreten, vor allem aber sich nicht eher auf die Bewilligung der einen oder anderen Forderung einzulassen, als bis er von der Regierung das Zugeständnis der soeben skizzierten Verfassungsänderungen erhalten habe.

Nachdem die übrigen Interpellanten wesentlich wie Bassermann gesprochen hatten, nahm Bülow zu kurzen Ausführungen das Wort. Obgleich es ihm unmöglich war, die Kundgebungen Kaiser Wilhelms II. zu verteidigen, suchte er wenigstens ihre Bedeutung abzuschwächen. Der Feldzugsplan für den Burenkrieg sei eine „rein akademische Erörterung" gewesen. In Bezug auf die Intervention seien die Farben zu stark aufgetragen. Im übrigen habe der Kaiser die besten Absichten gehabt. Die Behauptung Wilhelms II., daß er mit seiner Freundschaft für England sich in Deutschland in einer Minderheit befinde, gab der Reichskanzler völlig preis, indem er seine Genugtuung darüber aussprach, von den Rednern der verschiedensten Parteien bestätigt gehört zu haben, daß allgemein der Wunsch bestehe, mit England dauernd in Frieden zu leben. Daß er selbst sich habe bewegen lassen, im Amt zu bleiben, pries er als ein Opfer patriotischen Pflichtgefühls, wie das ja alle im Amte beharrenden Minister von jeher zu tun pflegen. Was die Bürgschaften für eine Besserung der Zustände anbetrifft, so beschränkte Bülow sich auf die dürftige Zusicherung, er habe die feste Ueberzeugung gewonnen, die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Zeit würden den Kaiser dahin führen, „fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zu beobachten, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich ist. Wäre dem nicht so, so könnte weder er selbst noch einer seiner Nachfolger die Verantwortung tragen."

So genügsam, sich mit diesen dürftigen Kanzlerverwägungen zufrieden zu erklären, waren höchstens die Konservativen. Die weiteren Ereignisse haben ja gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit keineswegs geneigt waren, den Ernst ihrer großen Worte über das persönliche Regiment irgendwie durch entsprechende Taten zu beweisen.

Der Reichskanzler und die übrigen Regierungsleute befolgten die vorsichtige Taktik des Igels, sich zusammenzurollen, den Kopf zu verstecken, nur die Stacheln nach außen zu kehren und sich zu keiner Lebensäußerung verlocken zu lassen. Zunächst verlautete, daß der Kanzler einige Tage nach den Novemberverhandlungen eine Unterredung mit dem Kaiser in Potsdam gehabt hätte, aber alles was darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, war eine jener verschwommenen offiziösen Notizen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", in der es hochtrabend hieß, es sei dafür gesorgt, daß eine „Stetigkeit der Politik unter Wahrung der verfassungsgemäßen Verantwortlichkeit" innegehalten würde. Als einige Tage darauf bei der ersten Lesung der Finanzreform der Reichskanzler das Wort ergriff, vermied er es sorgfältig, auf die Verfassungsfrage auch nur mit einem Worte einzugehen. Die bürgerlichen Parteien waren übereingekommen, die heikle Frage nicht zu berühren. Die entschiedenen Hinweise unserer Redner, in wie innigem Zusammenhange die Finanzreform mit der Verfassungsfrage stehe, wurden von der Regierung wie von den bürgerlichen Parteien unbeachtet gelassen. Es hieß, bei der Beratung der Verfassungsanträge werde man von der Regierung endlich etwas zu hören bekommen. Aber auch diese Erwartung wurde enttäuscht.

Die Verfassungsanträge im Plenum.

Sowohl von der Sozialdemokratie wie von den Freisinnigen und vom Zentrum waren in Konsequenz der Verhandlungen über das persönliche Regiment Anträge eingebracht worden, die zum Teil eine Änderung der Verfassung, zum Teil eine Aenderung der Geschäftsordnung bezweckten. Der sozialdemokr. Antrag auf Erlaß eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes zielt auf Einführung wirklich parlamentarischer Einrichtungen in Deutschland hin. Er geht über die Anträge der Freisinnigen und des Zentrums wesentlich hinaus.

Von den Nationalliberalen und Freisinnigen waren Abschwächungen dieser sozialdemokratischen Forderungen beantragt.

Diese gesamten Anträge wurden am 2. Dezember auf die Tagesordnung gesetzt. Unter den Vertretern bürgerlicher Parteien war ein Plan ausgeheckt worden, daß bei Erörterung der Verfassungsanträge ein Eingehen auf die Kundgebungen des Kaisers, die in den Novembertagen verhandelt worden waren, nicht geduldet werden sollte. Würde der Vertreter der Sozialdemokratie das dennoch versuchen, so sollten alle Mittel der Geschäftsordnung angewandt werden, um ihn durch Wortentziehung schleunigst mundtot zu machen. Der saubere Plan mißlang indes, da der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Ledebour, nachdem er die geplante Mundtotmachung der bürgerlichen Angstpolitiker gebührend an den Pranger gestellt hatte, seine Rede so einrichtete, daß sie zwar mit hinreichender Deutlichkeit alles vorbrachte, was noch über die persönliche Politik des Kaisers zu sagen war, aber dem Präsidenten keine Handhabe zum Eingreifen bot.

Der sozialdemokratische Redner appellierte an die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der prinzipiellen Verfechter des persönlichen Regiments, der konservativen Junker und Junkergenossen, sie möchten die günstige Gelegenheit benutzen, um das parlamentarische System zu erzwingen. Sie würden dazu der Unterstützung der Sozialdemokratie sicher sein können. Und soviel Selbstbewußtsein müßten sie doch haben, daß sie sich selber zutrauten, die Geschäfte besser handhaben zu können als die amtierenden Bureaukraten, die dem persönlichen Regiment freien Spielraum gegeben und die Finanzen des Reiches durch ihre unfähige Handhabung der Geschäfte in diese unhaltbaren Zustände hätten hineingleiten lassen.

Dieser Appell an das Ehrgefühl und Selbstgefühl der bürgerlichen Parteien ist indes auf taube Ohren gefallen. Zur sofortigen Ausnutzung der Situation haben sie sich nicht aufgerafft. Sie erleichterten es vielmehr der Regierung, sich aus der Schlinge zu ziehen.

In Befolgung der Igeltaktik wurde der verantwortliche Kopf der Regierung, der Reichskanzler, überhaupt nicht sichtbar. Er ließ sich durch den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg vertreten, der bei Beginn der Verhandlungen erklärt hatte, die Regierung wolle sich damit begnügen, die interessanten Ausführungen der Reichstagsabgeordneten anzuhören, könne sich aber selbst an den Erörterungen nicht beteiligen, da der Bundesrat ja noch nicht Gelegenheit gehabt hätte, zu den eingebrachten Anträgen Stellung zu nehmen. Durch diese diplomatische Auskunftmittel hatte sich Bülow außer Schußweite gebracht. Bis zum heutigen Tage ist die Regierung aber noch nicht wieder in die Lage versetzt worden, Stellung zu irgendwelchen Verfassungsanträgen zu nehmen.

Die sämtlichen Anträge wurden schließlich der auf 28 Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungskommission überwiesen. Die Sozialdemokraten verlangten in der ersten Kommissionssitzung, daß die Kommission unverzüglich die Geschäftsordnungsanträge erledige, dann könnte nach den Weihnachtsferien das Haus die Aenderungen sofort in Kraft treten lassen, da zur Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages die Zustimmung der Reichsregierung nicht erforderlich ist. Die konservativen Fraktionen setzten aber sofort, teilweise unterstützt von den übrigen bürgerlichen Parteien, mit einer Verschleppungstaktik ein, die es fertig gebracht hat, ein ganzes Vierteljahr mit der Erörterung der wenigen Geschäftsordnungsanträge hinzubringen. Das dürftige Resultat ist zwar in einem umfangreichen Bericht den Reichstagsmitgliedern zugängig gemacht wor-

fation der Gehilfen im Gange sind. Zu den seitens der Innungsleitung gemachten Vorschlägen hat eine am Samstag Abend im „Prinz Heinrich“ stattgefundene Versammlung der Gehilfen Stellung genommen. Die Verhandlungen werden fortgeführt und ist Hoffnung vorhanden, daß eine Verständigung erreicht wird. **Der Boykott bleibt bis zum Abschluß der Verhandlungen aufrecht erhalten.** Von Flugblattverbreitungen vor den Geschäften soll einstweilen abgesehen werden. In den letzten Tagen haben **verschiedene Metzgermeister den Tarif anerkannt, weitere würden zweifellos folgen, wenn nicht die Innung selber jetzt die Hand zum Frieden bieten würde.**

*

Der Wirt zum „Karlsruher Hof“ ersucht die Boykottkommission, mitzuteilen, daß er von nun an keine boykottierten Wurst- und Fleischwaren mehr beziehen will.

*

Der Wirt zum „Grünen Baum“ in Klein-Rüppurr, der selbst Mitglied von verschiedenen Arbeitervereinen ist, wurde vergangene Woche beim Einkauf von Fleischwaren in einem boykottierten Geschäft erwischt. Dieser Mann, dem die organisierte Arbeiterschaft schon Tausende von Mark ins Haus getragen hat, ist offenbar des Glaubens, daß die Arbeiterschaft sich eine derartige Behandlung gefallen lassen werde. Er dürfte sich darin bitter täuschen.

Die Boykottkommission: K. Schneider.

Stadtrats-Sitzung

vom 2. September 1909.

Die freie Vereinigung selbständiger Konditoren für den Handwerkskamerbezirk Karlsruhe ersucht den Stadtrat, beim Bezirksamt eine Aenderung des Ortsstatuts über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe dahin zu beantragen, daß den Konditoren gestattet werde, das Austrägerpersonal, dessen Beschäftigung nach den bestehenden Bestimmungen Sonn- und Feiertags in der Zeit von 7—9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends zugelassen ist, schon von vormittags 10 Uhr zu beschäftigen, da es nicht möglich sei, die für den Mittagstisch bestellten Waren in den Stunden von 11 bis 1 Uhr auszutragen. Der Stadtrat legt die Eingabe dem Bezirksamt zur Verbescheidung durch den Bezirksrat mit dem Anfügen vor, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn die Beschäftigungsdauer um eine Stunde vorgeschoben, also, abgesehen von den beiden Frühstunden, auf die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends festgesetzt wird.

Der Direktor der höheren Mädchenschule und des Mädchengymnasiums, Herr Professor Keim, wird mit der Vertretung der Stadtgemeinde auf der Hauptversammlung des deutschen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen in Stettin (4. bis 8. Oktober ds. Js.) betraut.

Ein Gesuch um Nachsichterteilung von dem Verbot des Vermietens von Wohnungen im Dachstock (4. Obergeschoß) eines Hauses der Tullastraße wird dem Bezirksamt mit Antrag auf Ablehnung vorgelegt.

Der große Rathaussaal wird dem Männer-Vinzentiusverein auf Sonntag, den 12. Dezember ds. Js., nachmittags von 4 bis 7 Uhr zur Abhaltung der ordentlichen Generalversammlung unentgeltlich zugesagt.

Das Gesuch der Besitzerin des Cafés Hilbenbrand, Waldstraße 8, um Erlaubnis zur Aufstellung von Zierbäumchen auf dem Gehweg rechts und links des Eingangs zum Café wird dem Bezirksamt mit Antrag auf Ablehnung vorgelegt, da die Aufstellung von Bäumchen daselbst den Verkehr stören würde.

Das Stadtgartentheater wird dem Herrn Theaterdirektor Heinrich Hagin zur Veranstaltung zweier Gastspiele des Berliner Hebbeltheaters am 2. und 7. September ds. Js. überlassen. Die im Stadtgartentheater geplanten Gastspiele des „Deutschen Gastspieltheaters“ finden nicht statt.

Die Stelle eines Schreibgehilfen bei dem technischen Bureau der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wird — zunächst probeweise — dem Versicherungsbeamten Wilhelm Rudolph hier übertragen. Die erledigte Stelle eines Schreibgehilfen beim Grundbuchamt wird dem Schreibgehilfen Julius Wanner daselbst, dessen Stelle — gleichfalls vorerst probeweise — dem Ratschreibergehilfen Friedrich Lehmann aus Menzingen zugewiesen.

Das Tiefbauamt wird ermächtigt, Versuche mit Basaltinplatten von der Basalt-Aktien-Gesellschaft Linz a. Rh. zum Abschluß von Basaltkleinpflaster in der Ständehaus- und in der Blumenstraße zu machen.

Die Ausführung der Gründungsarbeiten zur Erbauung einer dritten Werfthalle im Rheinhafen und die Verlängerung der Kaimauer im Mittelbecken des Rheinhafens wird an die Firmen Wilhelm Stober und Hermann Walder hier zu ihrem gemeinsamen Angebot vergeben.

Der Stadtrat dankt dem Herrn Photographen Julius Kistner im Stadtteil Mühlburg für eine dem städtischen Archiv zugewendete Photographie des ehemaligen Hege'schen Hauses im Stadtteil Mühlburg, auf dessen Grund und Boden nunmehr das neue Schulhaus errichtet ist.

Zum 70. Geburtstag Hans Thomas

wird in nicht weniger als drei verschiedenen Ausstellungen ein Ueberblick über sein künstlerisches Schaffen gegeben werden. Die allgemeine Ausstellung von Gemälden Thomas findet in den Sälen des Badischen Kunstvereins statt. In dem hier neu errichteten und zu des Künstlers Ehrentag seiner Eröffnung entgegensehenden Thoma-Museum der großh. Kunsthalle, das ganz selbständig nach den Ideen und Entwürfen des greisen Meisters ausgeführt wird, wird außer den bekannten Thomasschen Gemälden der Galerie und auswärtigen Zuwendungen ein großer, bis jetzt noch nicht dargebotener Schatz von ausgeführten Handzeichnungen und von Oelstudien des Künstlers enthalten sein. Die dritte Ausstellung veranstaltet die großh. Majolika-Manufaktur, die ihre Errichtung der Anregung Hans Thomas verdankt, der seitdem auch ihr künstlerischer Inspirator blieb. Diese Veranstaltung, die in dem alten Lokal der Majolika-Manufaktur stattfinden soll, wird eine große Zusammenstellung ihrer künstlerischen Produkte bringen, soweit sie auf Entwürfe Hans Thomas zurückgehen.

So wird also Gelegenheit genug gegeben sein, sich von der außerordentlichen Vielseitigkeit des Meisters und seiner bewundernswerten Schaffenskraft ein wirkliches Bild zu machen.

Vermittlung von Wetten bei Pferderennen.

Ein Vergehen gegen die §§ 3 und 6 Ziffer 2 des Gesetzes betreffend das Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen, sowie gegen § 284 R.St.G.B. bildete Gegenstand einer Anklage gegen den Kaufmann **Albert Huber** aus Köln und den Kaufmann Arthur **Schuler** aus Eutingen, beide in **Karlsruhe** wohnhaft. Die Anklage legte Huber zur Last, daß er im Laufe des Jahres 1908 Wettaufträge auf Pferderennen in Paris, Luzern und Baden angenommen und an Wettbureaux in Mannheim und Zürich geschickt habe, um sich aus der Vermittelung dieser Aufträge einen Erwerb zu verschaffen. Schuler war beschuldigt, dem Huber hierbei behilflich gewesen zu sein und ebenfalls gewerbsmäßig Wetten vermittelt zu haben. Auf Grund des Verhandlungsergebnisses verurteilte die hiesige Strafkammer den Angeschuldigten Huber zu 100 Mark Geldstrafe und sprach Schuler frei.

* **Stadtgartentheater.** Das zweite Gastspiel des Berliner Hebbeltheaters, das Dienstag den 7. September stattfindet, bringt uns „Frau Warrens Gewerbe“, Komödie in 4 Akten von Bernard Shaw, dem größten lebenden englischen Satyriker. Das Stück, das eine gewisse Berühmtheit erlangt hat, ist für Karlsruhe Premiere und dürfte schon deshalb großem Interesse begegnen.

* **Im Welt-Kinematograph** wird das Drama eines kinderreichen Elternpaares vorgeführt. Andere Films sind hochkomisch. „Der Geigenspieler“, so betitelt sich weiter ein Drama, dem durch seine herrliche Darstellung, sowie durch seine künstlerische Koloration ein großartiger Erfolg gesichert ist. Selbst Widersacher der Kinematographie müssen, wenn sie dieses Programm gesehen haben, zugeben, daß der Kinematograph ein wichtiges Bildungsmittel ist. Daß dies bei dem Welt-Kinematographen in ganz hervorragendem Maße der Fall ist, das beweist schon die schöne Zusammenstellung des Programms und wird der Besuch dieses Instituts sicher jedermann das Neueste bieten.

Grundbesitz und Bautätigkeit im Monat Juli. Liegenschaften wurden 51 (1908: 34) im Gesamtwert von 2 589 649 Mark (1908: 2 056 432 Mk.) verkauft. Davon entfallen 33 (27) Umsätze mit einem Wert von 2 240 763 Mk. (1 424 330) Mk. auf bebaute und 18 (7) Umsätze mit einem Wert von 348 886 Mk. (632 102 Mk.) auf unbebaute Grundstücke. Unter den letzteren befinden sich 10 (5) Bauplätze im Wert von 225 671 Mk. (93 192 Mk.). Bauerlaubnisgesuche wurden 60 (62) eingereicht, darunter für Wohngebäude 11 (9). Baugenehmigungen wurden 54 (58) erteilt, darunter für Wohngebäude 9 (9). Bauabnahmen fanden 60 (40) statt, darunter für Wohngebäude 10 (5).

* **Brand.** Am gestrigen Sonntag Abend um 6 Uhr brannte in der Holzhandlung Fuchs Söhne, Georg Friedrichstraße Nr. 7/9 der Heuschuppen nieder. Die Feuerwehr erschien rechtzeitig und löschte.

* **Unglücksfälle.** Freitag Vormittag gegen 9 Uhr wollte ein verheirateter Lokomotivführer auf dem Bahnsteig 3 der hiesigen Hauptbahnhofes an einer Maschine nachsehen, ob sie nicht warm gelaufen war. Er griff hierbei mit der rechten Hand zwischen der Kurbelstange und einem Rad hindurch. Im gleichen Moment wurde ein Wagen von hinten auf den betr. Zug gestoßen, wodurch die Maschine etwa einen halben Meter vorlief, dem Lokomotivführer den Arm in die Kurbel hineinzog und denselben aus dem Schulterblatt ausrenkte. — Freitag Vormittag nach 9 Uhr verunglückte in der Karl Wilhelmstraße beim Verladen eines Wagens ein Pionier, indem ein aufgeladener Wagen herunterglitt und dem Pionier, der nebenan stand, derart auf den Kopf traf, daß die Schädeldecke über dem Kopf bloßgelegt wurde und er am Hinterkopf außerdem Verletzungen erlitt.

* **Haftgeldschwindlerin.** In letzter Zeit tauchte hier eine Haftgeldschwindlerin auf, die sich Elise Brühler aus Berg, oder aus Nußbach und Elise Hockmaier nannte und jeweils ein gefälschtes Zeugnis abgab. An einer Stelle stahl sie ein Opernglas im Werte von 36 Mk. — Vom 27. auf 28. v. Mts. kam aus einem Hotel in der Kriegstraße eine lederne Handtasche mit braunem Segeltuch-Ueberzug, Kleider, Wäsche und Halsbinden im Werte von 176 Mark abhanden.

* **Einbruchsversuche.** In den letzten Tagen wurden hier mehrere Einbrüche versucht, wobei der Täter — etwa 20 Jahre alt, mit schwarzem Haar, kleinen schwarzen Schnurrbart, besseren, dunklen Joppen-Anzug und schwarzen steifen Hut — jeweils verjagt worden zu sein scheint.

Neues vom Tage.

Explosion.

Paris, 5. Sept. Als gestern mehrere Arbeiter mit der Reinigung der Apparate und Maschinen in der Gasfabrik von Alfortville beschäftigt waren, erfolgte eine Explosion, wobei ein Aufseher und vier Arbeiter verletzt wurden. Ein Teil des Gebäudes stürzte ein. Es entstand ein Brand, der schnell um sich griff; es gelang jedoch nach einstündiger harter Arbeit, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Explosion scheint auf dieselbe Ursache wie die kürzlich in der Schweiz stattgefundene, zurückzuführen zu sein.

Briefkasten der Redaktion.

H. Notizen, die den Vereinsanzeiger betreffen, sind stets an die Expedition zu richten.

B. F. Wir empfehlen Ihnen die Anschaffung des kleinen Werkchens: „Die Rätsel der Erdpole.“ Verfasser ist der bekannte Naturforscher Dr. Wilh. Meyer. Es kostet nur 1 Mk., ist im Verlage der Franckh'schen Buchhandlung in Stuttgart erschienen und kann durch die Karlsruher Volksfreundbuchhandlung, Markgrafenstraße 26, bezogen werden.

O. W. Der „Volksfreund“ kann im Viktualiengeschäft Klaiber, Ecke Rintheimer- und Georg Friedrichstraße abgeholt werden.

Quittung.

über freiwillige Beiträge des 45. Landtagswahlbezirks Durlach:

Durch Sammellisten gingen ein: Nr. 1 10,50 Mk., Nr. 2 2,20 Mk., Nr. 13 5,50 Mk., Nr. 18 6,40 Mk., Nr. 19 3,50 M., Nr. 23 17,95 Mk., Nr. 24 3,90 Mk., Nr. 27 3,20 Mk., Nr. 28 19,50 Mk., Nr. 32 4,70 Mk., Nr. 39 8,30 Mk., Nr. 41 3,20 Mk., Nr. 44 3,60 Mark, Nr. 45 6 Mk., Nr. 47 9,30 Mk., Ueberschuß vom Waldfest 49,73 Mk., insgesamt 175,28 Mk., bisher quittiert 323,74 Mk.

Weitere Beiträge nimmt entgegen der Kassier Michael **Beinert**, Amerstraße Nr. 3.

Vereinsanzeiger.

Offenburg. (Arbeitergesangverein „Freiheit“.) Dienstag Abend halb 9 Uhr Probe für gemischten Chor. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen notwendig. 4571

Volksfreund-Buchhandlung Markgrafenstraße 26.
empfiehlt ein nützliches Werkchen, mit dem sich jede Ehefrau vertraut machen soll. „Die Frau“, ein unentbehrlicher Ratgeber für Ehefrauen von Frau Anna Hein, Oberhebamme an der geburtshilflichen Frauenklinik der königl. Charitee zu Berlin. Preis 30 Pf., Porto 5 Pf.

Geschäftliches.

Beim Sport, der eine vermehrte Schweißabsonderung bedingt, macht sich zur Ersetzung der verlorenen Flüssigkeit ganz naturgemäß das Bedürfnis nach einem unschädlichen, erfrischenden und wohlschmeckenden Getränk in erhöhtem Maße geltend. Die Wahl ist nicht leicht, weil ein solches Getränk die Hauptbedingung erfüllen muß, daß es auf kein einziges Körperorgan irgendwie nachteilig wirkt und die Kraft und Ausdauer in keiner Weise beeinträchtigt. Es mögen daher alle, die dem Sport huldigen, auf Kathreiners Malzkaffee aufmerksam gemacht werden, dessen besondere Vorzüge gerade hier hervorragend zur Geltung kommen. Er enthält nicht die geringste Schädlichkeit, bekommt zu jeder Zeit und in jeder Situation vortrefflich, bietet in heißen wie kaltem Zustande eine wohltätige Erquickung und hat einen dauernd sympathischen Geschmack. Außerdem zeichnet er sich vor vielen ähnlichen Getränken dadurch aus, daß er sich bei jeder Temperatur hält und auch bei längerem Aufbewahren nichts von seinem würzigen Wohlgeschmacke einbüßt, was ihn namentlich zu einem wertvollen Turistengetränk macht.

Metzger-Verband Karlsruhe.

Nachstehende Firmen haben die Forderungen der Gehilfen bewilligt und bitten wir die Arbeiterschaft diese bei ihren Einkäufen zu berücksichtigen.

Südstadt: Dietrich, Friedrich, Wilhelmstraße 28. **Gebr. Hensel,** Marienstraße 70, Rüppurrerstraße 21, Schützenstraße 38, Winterstraße 51. **Käppele, Ludwig,** Schützenstraße 52, Augartenstraße 30. **Kling,** Winterstraße 37. **Richheimer, Adolf,** Filiale Schützenstraße, Wochenmarkt Werderplatz. **Roser,** Morgenstraße 53. **Gebr. Schneider,** Wilhelmstraße (Ecke Winterstraße). **Volz, Karl,** Augartenstraße 49. **Zippelius, Karl,** Werderstraße 45.

Oststadt: Gebr. Hensel, Rudolfstraße 1. **Heinrich Lang,** Ecke Durlacher Allee und Degenfeldstraße.

Altstadt: Gartner, Ludwigsplatz. **Gebr. Hensel,** Kriegstr., Kaiserstraße (Ecke Kronenstr.), Kaiserstraße (Ecke Ritterstr.), Kaiserstraße 47, Ecke Amalien- und Waldstr., Kronenstr. 33. **Käppele, Ludwig,** Waldstraße 47 **Richheimer, Adolf,** Durlacherstraße, Wochenmarkt Karl-Friedrichstraße. **Gebr. Schneider,** Erbprinzenstraße.

Südweststadt und Weststadt: Gartner, Ecke Hirsch- und Sophienstr., Ecke Klauprecht- und Hirschstr. **Gebr. Hensel,** Kaiserallee, Scheffelstr. (Ecke Sophienstr.), Kurvenstraße. **Käppele, Ludwig,** Kurvenstraße 25, Schillerstraße (Ecke Sophienstraße), Mühlburger Tor (beim Deutschen Haus), Yorkstraße, **Gebr. Schneider,** Yorkstraße, Lessingstr. (Ecke Sophienstraße), **Zwahl,** Körnerstr. (Ecke Göthestr.), **Ferd. Bucher,** Körnerstraße 21.

Mühlburg: Gebr. Hensel, Rheinstraße. **Käppele, Ludwig,** Rheinstraße. **Kohlhammer, Karl,** Ecke Philipp- u. Bachstr. **Richheimer, Adolf,** Filiale Rheinstraße. **Scheier, H.,** Rheinstraße, Filiale Kleiber. 4290

Abschlag!

Mehl Mehl

aus nur ersten süddeutschen Mühlen

Weizen-Mehl 0 per Pfund **20** ₰, 5 Pfund **95** ₰

Weizen-Mehl I per Pfund **19** ₰, 5 Pfund **90** ₰

Feinstes

Konfekt-Mehl

(Marke Lilien)

5 Pfund-Säckchen Mk. **1.10**

10 „ „ „ **2.10**

bei Mehrabnahme billiger.

E. Bucherer

Zähringerstr. 21. Durlacher Allee 32.
Göthestr. 23. Körnerstr. 9.
Gerwigstr. 10. Durlacherstr. 56.
Luisenstr. 32. Bürgerstr. 6.
Rintheim, Hauptstr. 4573

Telephon Nr. 392.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe

Bezirk Altstadt.

Dienstag, den 7. September, abends 1/2 9 Uhr im Nebenzimmer Gasthaus „Zum Eichbaum"

Bezirksversammlung.

Tagesordnung:

Die bevorstehende Landtagswahl.

Wir erwarten bei der Wichtigkeit der kommenden Wahlen, daß sämtliche Mitglieder in dieser Versammlung erscheinen. Zugleich laden wir unsere Volksfreundabonnenten höflichst ein

Das Wahlkomitee.

4563 J. A.: Abele.

Bekanntmachung.

Die diesjährigen Herbstübungen, hier, die **Einquartierung** in der Stadt Karlsruhe betr.

Bezugnehmend auf unsere vorläufige Bekanntmachung vom 29. Juli d. J. geben wir hiermit bekannt, daß **in der Zeit vom 9. bis 12. bezw. vom 10. bis 13., teilweise vom 10. bis 12. und vom 7. bis 10. d. M. sämtliche Straßen der Stadt,** einschließlich der Vororte, mit Einquartierung belegt **werden.**

Die nachverzeichneten Straßen **bleiben in Reserve** und **werden** nur im Falle unvorherzusehenden Bedarfs belegt:

Albstraße.
Augartenstraße.
Augustastraße.
Bachstraße.
Bannwaldallee.
Bernhardstraße.
Blücherstraße.
Blumenstraße.
Brahmsstraße.
Brauerstraße.
Brunnenstraße.
Bürgerstraße.
Degenfeldstraße.
Devrientstraße.
Dorotheastraße.
Draisstraße.
Dragonerstraße.
Durlacherstraße.
Eisenbahnstraße.
Essenweinstraße.
Fabrikstraße.
Fasanenstraße.
Fliederstraße.
Fröbelstraße.
Geibelstraße.
Gervinusstraße.
Gluckstraße.
Glümerstraße.
Goethestraße.
Grenzstraße.
Gutenbergstraße.
Haizingerstraße.
Herderstraße.
Hermannstraße.
Honsellstraße.
Humboldtstraße.
Kaiser Wilhelmpassage.
Kapellenstraße.
Keßlerstraße.
Klauprechtstraße.
Kleine Spitalstraße.
Körnerstraße.
Kronenstraße.
Lachnerstraße.
Lamenstraße.
Lauterbergstraße.
Liebensteinstraße.
Lindenplatz.
Maienstraße.
Markgrafenstraße.
Marktstraße.
Mondstraße.
Morgenstraße.
Mühlstraße.
Nelkenstraße.
Neureutherstraße.
Ostendstraße.
Putlitzstraße.
Rankestraße.
Rudolfstraße.
Scheffelstraße.
Scherrstraße.
Schillerstraße.
Schlachthausstraße.
Schloßbezirk.
Schulstraße.
Schwanenstraße.
Sedanstraße.
Seubertstraße.
Sommerstraße.
Steinstraße.
Sternbergstraße.
Stoeßerstraße.
Sybelstraße.
Uhlandstraße.
Uferweg.
Waldhornstraße.
Wasserwerkstraße.
Wattstraße.
Wielandtstraße.
Wiesenstraße.
Wolfartsweiererstraße.
Zimmerstraße.

Die Einquartierung erfolgt durchweg **mit Verpflegung.**

Die **Zahl** der den einzelnen Quartierpflichtigen zuzuweisenden Mannschaft bestimmt sich nach dem **Einquartierungskataster,** das seit 5. Juli d. J. zur allgemeinen Einsichtnahme offen gelegen hat.

Sämtliche Quartiere werden bis spätestens zum Tage vor Beginn der Einquartierung durch die Quartiermacher der betr. Truppenteile unter genauer Bekanntgabe des Beginns und der Dauer der Einquartierung besichtigt.

Die **Zuweisung** der Einquartierung an die einzelnen Quartierpflichtigen erfolgt mittelst besonderer **Quartierbillets,** die den Quartierpflichtigen von den einzuquartierenden Mannschaften ausgehändigt werden. Die Quartierpflichtigen sind zur Aufnahme von Einquartierung **nur auf Grund eines** auf sie lautenden **Quartierbillets verpflichtet,** und haben keinen Anspruch auf die reichsgesetzliche Vergütung, wenn sie sich nicht im Besitze eines Quartierbillets befinden.

Die Zuweisung **ausquartierter Mannschaft** erfolgt **unmittelbar** an das Ersatzquartier, falls letzteres dem Einquartierungsbureau bis zum Erscheinen dieser Bekanntmachung angezeigt worden ist.

Die angemeldeten **Ersatzquartiere** werden auf **jeden Fall** mit Einquartierung belegt, auch wenn die Straße, in der sich das Ersatzquartier befindet, nach obiger Bekanntmachung in Reserve bleibt.

Von **jetzt ab** dürfen Mannschaften **nur** noch in Quartiere, welche in den für ihre Regimenter bestimmten Bezirken gelegen sind, mit der Maßgabe **ausquartiert** werden, daß die Quartierpflichtigen **selbst** für die Verbringung ihrer Einquartierung in das Ersatzquartier zu sorgen haben. Quartiere, welche dieser Vorschrift nicht entsprechen, müssen gemäß § 10 des Quartierleistungsgesetzes zurückgewiesen werden.

Wegen Auszahlung der reichsgesetzlichen Entschädigung für die Quartierleistung wird seiner Zeit, nach Abrechnung mit den einzelnen Truppenteilen, besondere Bekanntmachung erlassen werden.

Das städtische Einquartierungsbureau — Rathaus, südlicher Flügel, 3. Stock, Zimmer Nr. 99 — ist auch weiterhin behufs Auskunftserteilung täglich zu den üblichen Geschäftsstunden geöffnet.

Karlsruhe, den 5. September 1909. 4572

Städtische Einquartierungskommission:
Dr. Horstmann. Schroth.

Künstliche Zähne, ganze Gebisse, Plombieren.
Zahnziehen schmerzlos.
Reparaturen zerbrochener Gebisse
Mässige Preise. 4420
Carl König, Dentist
Karlsruhe, Kaiserstrasse 124 b. Tel. 2451.

Knaben-Anzüge

zu Einheitspreisen von Montag, den 6. bis Samstag, den 11. d. M.

5.75 8.50 11.75 15.50

Das **gesamte** Lager **ohne Unterschied** ist in 4 Serien eingeteilt. Die Preise sind teils bis unter den Selbstkostenpreis reduziert, so dass sich mit diesem Angebot eine noch nie dagewesene Gelegenheit bietet, **gute, tadellose** Knaben-Garderobe zu **fabelhaft billigen Preisen** zu erwerben.

Beachten Sie mein Spezialfenster.

N. Breitbarth.

Ecke Kaiser- und Herrenstrasse. 4574

10. bad. Reichstagswahlkreisverein

Karlsruhe-Bruchsal.

Sonntag, den 19. September, nachmittags 1/2 3 Uhr, im Gasthaus zur **Krone** in **Bulach**

Wahlkreiskonferenz.

Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Daran anschließend

Gemeindevertreterkonferenz

mit Vortrag des Genossen Arbeitersekretär **Albert Willi** über

Die Gesundheitspflege in ländl. Gemeinden.

Wir laden die Vorstände oder deren Stellvertreter der örtlichen Organisationen, sowie die Vertreter in den Gemeindeparlamenten mit dem Ersuchen vollzählig zu erscheinen höfl. ein. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung und der Notwendigkeit, daß unsere Vertreter in den Gemeinden sich über die hygienischen Fragen, welche allerorts in den Vordergrund treten, soviel wie möglich Information holen, erwarten wir einen zahlreichen Besuch beider Konferenzen. 4565

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Partei Durlach.

Dienstag, den 7. September, abends 1/2 9 Uhr, im „Roten Löwen"
Donnerstag, den 9. September, abends 1/2 9 Uhr, im „Amalienbad"

öffentl. Wählerversammlungen.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

Die bevorstehende Landtagswahl.

Referent: Landtagskandidat Genosse Friedr. Weber.

Hierzu ist die Einwohnerschaft Durlachs freundl. eingeladen.

Freie Diskussion. 4561 **Freie Diskussion.**

Das Wahlkomitee.

Bekanntmachung.

Wegen der Ausschmückung des Marktplatzes für den Einzug Seiner Majestät des Kaisers und wegen des Einzuges selbst wird der Wochenmarkt **Dienstag, den 7., Donnerstag, den 9.,** und **Samstag, den 11. September ds. Js. nicht auf dem Marktplatze,** sondern auf dem **Ludwig- und Stephan-Platze** abgehalten werden. 4566

Karlsruhe, den 4. September 1909.

Das Bürgermeisteramt:
Dr. Paul. Lacher.

Gelegenheitskauf

Einige gebrauchte **Bettstellen** mit Rost und Matratzen, und einzelne Seegrasmatratzen werden billig abgegeben. 4575
Kaiserallee 45, 2. St.

Diwan,

neu, gut gearbeitet, umzugshalber für nur Mk. 29.— zu verkaufen. **E. Werner,** Herrenstraße 6, 2. St., Hth. 4569

Bilder 4570

werden gut und billig eingerahmt **Schützenstr. 71,** 3. St. links.

Kind wird in gute Pflege genommen, **Winterstr. 44 b,** 5. Stock. 4575

Tisch, oval, billig zu verkauf. **Humboldstr. 6,** 2. r.

Marienstr. 59, 2. St. r. ist ein gut möbl. Zimmer zu vermieten. 4540

Nächste sicherste

Ziehungen

nachdem Invaliden wieder verschoben, **Engener, Rastatter, Frankfurter, Zweibrücker, Darmstädter** à 1 M., 11 St. 10 M., **Radolfzeller u. Meersburger** à 1.20 M., 11 St. 12 M., **Münchener** à 2 M., **Hohkönigsburger** à 3 M., bei mehr noch mit Rabatt, solange Vorrat, empfehle bestens 4567

Carl Götz
Hebelstr. 11/15. Karlsruhe.

50 Mk. Wochenlohn

oder **50—60% Provision** erhält Jeder, der den **Vertrieb** meiner **Aluminiumschilder u. -Waren** übernimmt. Großartige Neuheiten. — Vertretung wird auch als Nebenbeschäftigung übertragen. Aluminiumwaren sind spielend leicht verkäuflich. Auskunft und Muster gratis. Es versäume daher niemand anzufragen. Postkarte genügt. 4568

Schilderfabrik,
Post Erbach, Westerwald.

Wäsche zum waschen u. bügeln wird angenomm. b. **Fr. Bliestle,** Durlacherstr. 46, 2. 4329

Das **Stricken v. Strümpfen und Socken** sowie **Anstricken** wird gut u. prompt ausgeführt **Augartenstr. 71,** 1. l. 4443

Scheffelstr. 8, 3. St., ist ein möbliert. **Zimmer** und ein **Mansardenzimmer** billig zu vermieten. 4122

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe,

Zähringerstr. 100. Tel. 629
Geschäftszeit von 8—12 1/2 und 2—7 Uhr werktäglich.

Männlicher Arbeitsnachweis:
Weiblicher Arbeitsnachweis:
Vermittlg. männlicher u. weibl. Arbeitskräfte jed. Art, auch für den Haushalt.

Besondere Abteilung für Lehrvermittlung.

Wohnungsnachweis: Vermittlung kleiner Wohnungen und Schlafstellen

Rechtsauskunftstelle: Unentgeltl. Rat und Auskunft an Minderbemittelte über Rechtsangelegenheiten jeder Art, insbesondere im Gebiet des Arbeits- u. Dienstvertrags und der Versicherungs-Gesetzgebung (Kranken-, Unfall- u. Invalidenversicherung).

Sprechstunden v. 9—1 u. 3—7 Uhr werktäglich.

Die Arbeits- und Wohnungsvermittlung sowie die Rechtsauskunft wird **völlig kostenlos** erteilt. 992

Städt. Arbeitsamt.

Für die Zeit der

Kaiser-Parade

vermittelt

Wirtschafts-personal

jeder Art 4564

Städt. Arbeitsamt
Arbeitsnachweis
Zähringerstraße 100. Tel. 629.
Geschäftszeit 8 bis 12 1/2 und 2 bis 7 Uhr.
Vermittlung völlig unentgeltlich.

Freiburg.

Colosseum.

Täglich das wunderbare Eröffnungs-Programm mit seinen Neuheiten.

Kassa 7 1/2, Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf: Neues **Zigarrenhaus Nober,** Kaiserstr. 44, Ecke Schiffstr. — Telephon 1271. — 4563

Uhren

Taschenuhren, Regulateure, Freischwinger, Wanduhren, Wecker, Uhrketten
zu den billigsten Preisen.
Reparaturen
gut und billig. Garantie.
Emil Gehri, Uhrmacher, 56
Löwenstraße 3.
Freiburg i. B.

Freiburg.

In Zigarren, Zigaretten und Tabaken finden Sie **gute** Sorten in **reicher Auswahl** in dem

Zigarren-Spezial-Geschäft 78
von
Fried. Ackermann
1 Kreuzstrasse 1.

Standesbuchauszüge der Stadt Freiburg.

Geboren vom 29. Aug. bis 2. Sept.: Wilhelm, Vater Fridolin Stich, Kutscher. Marianne Luise Johanna Anna, Vater Adolf Hammelmann, Privat. Maria, Vater Ludwig Bausch, Tiefbauunternehmer.

Aufgeboten: Bernhard Heinrich Waidner, Kaufmann, mit Sophie Friedebach hier. Emil Schurt, Kaufmann, mit Luise Willoth hier. Martin Pfaff, Metzger, mit Amalie Schätzle hier. Otto Reitz, Wagnermeister hier, mit Veronika Bogenschütz in Weßingen, Oberamt Hechingen.

Getraut: Kaspar Pip, Bezirksfeldwebel, mit Ida Franziska Dufner hier. Karl Friedrich Streit, Kaufmann, mit Margarete Friederike Benzinger hier.

Gestorben: Emilie Deiß, Diakonisse, alt 28 Jahre 10 Mon. 11 Tage. Karl Wilhelm Keller, Porzellanmaler, alt 69 Jahre 3 Mon. 7 Tage.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Sterbefälle vom 28. Aug. bis 1. Sept.: Mathilde Lina, Vater Georg Friedrich Rosenbauer, Schlosser, alt 10 Wochen. Magdalene Sofie Karoline, Vater Wilhelm Jakob Kleiber, städt. Tiefbauarbeiter, alt 2 1/2 Jahre. Gustav Wilhelm May, Zimmermeister, Ehemann, alt 54 3/4 Jahre. Max Albert, Vater Anton Mai, Friseur, alt 9 Tage.